

progress

Magazin der
österreichischen
Hochschüler_innenschaft
Feb 01/2020

www.progress-online.at

Jeder

und jede hat Stress mit der Miete. **24**

Mensch

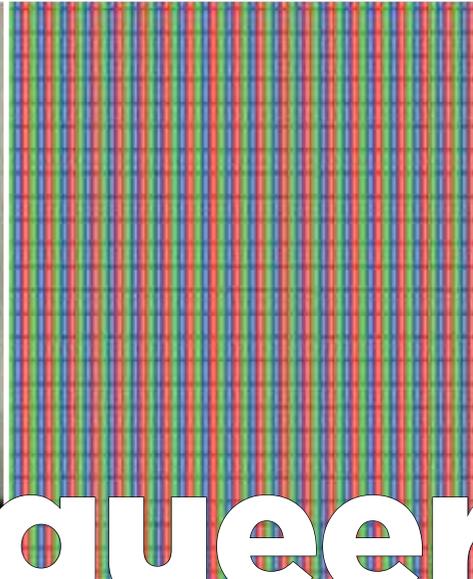
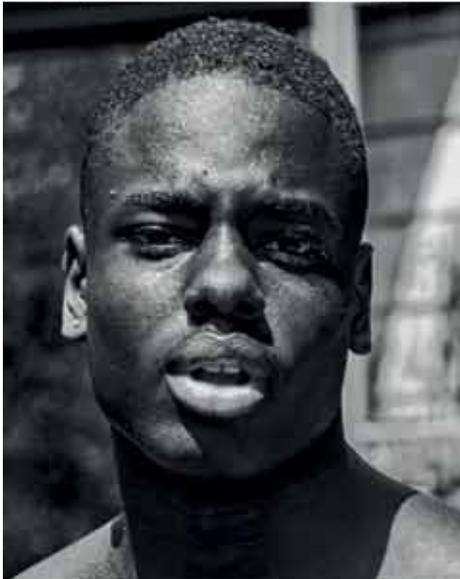
ärgert euch mal wieder, warum die Unis
wieder brennen. **14**

Ist

Homophobie nicht schon längst von
vorgestern? **8**

Anders

als manche glauben, kann man sich das
Menstruieren nicht aussuchen. **26**



queer //
resistance

P.b.b.|ErscheinungsortWien|Verlagspostamt1040|GZ02Z031545M|EURO,73



DOSSIER: Out of the closet and into the street

progress

zu Hause lesen

Studentischer Journalismus auf hohem Qualitätsniveau. Wir pflegen einen kritischen, qualitativ-journalistischen und progressiven Zugang zu Bildung, Politik und Kultur. Wir sehen uns den Leitlinien der aktuellen ÖH-Exekutive verpflichtet, sind jedoch in unserer redaktionellen Arbeit nicht weisungsgebunden.

EINFACH BESTELLEN

progress-online.at

GRATIS
ABO

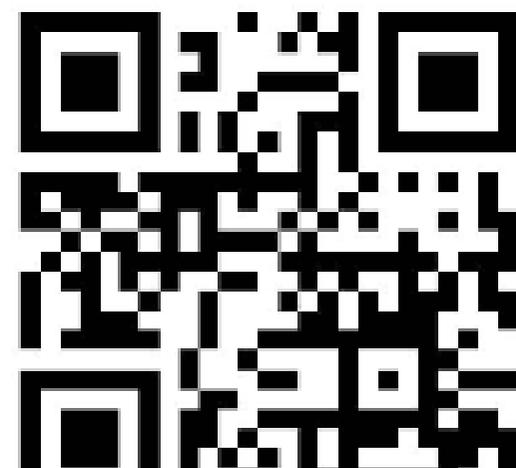


bildungspolitik
gibts jetzt auch per
Telegram-Channel:

<https://t.me/progressbundesoe>

einfach anmelden und wir informieren dich
über die wichtigsten bildungspolitischen
Entwicklungen der Woche

Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter:
oeh.ac.at/datenschutzerklaerung-und-rechtshinweise



04 Der Vorsitz gibt Einschätzungen zur neuen Regierung

DOSSIER

06 THEAS WEG IN NEUEN SCHUHEN. Johanna Brodträger hat eine trans-frau* auf dem Weg der Transition begleitet.

08 DIE QUEEREN KINDER DER UMM EL-DUNYA. Josef Burker spricht über seine Erfahrungen als queerer Jugendlicher in Kairo, sowie der Lage der queeren Menschen dort.

10 NICHTS ZU VERLIEREN, ALLES ZU GEWINNEN. Georgiens LGBTIQ-Community wagt die erste Pride Parade.

12 HOMOSEXUELLE ALS STAATSFELD NUMMER EINS. Die polnische Regierung schürt immer mehr Homophobie. Paraden werden angegriffen, Gemeinden erklären sich als LGBT-frei. Doch woher kommt der Hass?

BILDUNG

14 UNS REICHT'S! Was für viele nichtsahnend mit einer Kundgebung begann, endete in einer halbtägigen Besetzung des Festsaaes der Technischen Universität Wien.

16 ES BEWEGT SICH DOCH – ODER NICHT? Das Queer_Referat der ÖH Bundesvertretung erklärt die politische Situation von LGBTQIA*-Personen unter der neuen türkis-grünen Regierung

17 STUDIEREN MIT HIV „Ich verstehe gar nicht wie du bis jetzt in diesem Zustand studieren konntest.“

18 „JA“ ODER NUR KEIN „NEIN“ – DIE ÖSTERREICHISCHE LÖSUNG. Warum erst jetzt über die Fragilität junger Sexualität diskutiert wird und warum man den Begriff „sexual consent“ vor der Quarterlife Crisis kennen sollte.

WISSENSCHAFT UND POLITIK

20 „MAN MUSS DEN MACHISMUS AUS DER GESELLSCHAFT VERBANNEN“ Ein progress-Interview mit Tania Sordo Ruz, Juristin und Expertin für machistische Gewalt und Femizide.

21 JUNGER TENOR AUS DEM LAND DER TAUSEND SEELEN. Sanna Marin ist die jüngste Ministerpräsidentin Finnlands – ein Porträt.

22 HABEN WIR EIN RECHT AUF EINE INTAKTE UMWELT? In einigen Regionen der Erde leben Menschen unter Umweltbedingungen, die der Menschenwürde eindeutig nicht entsprechen.

24 EIN HEIM FÜRS STUDIUM. Wie wohnen Studierende einst und heute? Das Sozialreferat der ÖH Bundesvertretung berichtet.

26 MENSTRUIEREN ODER STUDIEREN? Die Debatte um die „Tamponsteuer“ ist an der Uni angekommen.

FEUILLETON

28 FOLKLORE ALS WEG ZU SICH SELBST. Ein Gespräch über Folklore, Identität und Integration.

30 THE (UN)HAPPY PRINCE. Oscar Wilde war ein Vorreiter für den offenen Umgang mit Homosexualität. Ein Porträt.

31 REZENSIONEN. Wir stellen neue Werke aus Musik und Literatur vor.

COVER: Savannah Mapalagama

DOSSIER: Sarah Langoth

BILDUNG: Hibat-Ullah Khelifi

WISSENSCHAFT UND POLITIK: Sebastian Lutz

FEUILLETON: Iris Strasser

Editorial

Wir,

die *progress*-Redaktion, freuen uns euch eine tolle neue Ausgabe mit spannenden Artikeln präsentieren zu dürfen.

Unsere Autor_innen werfen einen vielseitigen Blick auf das Thema „queerer Widerstand“, angefangen mit einer Reportage von Georgiens erster Pride, über die Realität von Studierenden mit HIV bis hin zu einem Portrait der homosexuellen Ikone Oscar Wilde. Es ist leicht die Errungenschaften der letzten Jahre wie die Ehe für alle oder die gesetzliche Anerkennung des dritten Geschlechts für selbstverständlich hinzunehmen. Aber was einige als selbstverständliches Produkt einer „modernen“ Gesellschaft sehen, ist nichts als die harte Arbeit von queeren* Aktivist_innen die sich ihre Akzeptanz hart erkämpft haben. Und dieser Kampf geht weiter, denn wie das Queer_Referat der Bundes-ÖH aufzeigt (S. 16) sind wir von vollständiger Gleichberechtigung queerer Personen noch einiges entfernt.

Wir haben nicht nur eine neue Bundesregierung, auch in der Hochschulpolitik hat sich einiges getan. So hat sich das Kollektiv „Uns reicht's“ gegründet um die Missstände im österreichischen Hochschulwesen aufzuzeigen. Darüber berichtet Natalie Bühl auf Seite 14. Auf der Uni Wien kam es zur Auseinandersetzung wegen des Professors Lothar Höbelt, der mit rechtsextremen Verstrickungen und Erinnerungspolitik mit Augenzwinkern auf sich aufmerksam gemacht hat. Die ÖH hat sich klar dafür ausgesprochen dass Rechstextreme auf Unis nichts zu suchen haben, und auf (außerordentlichen) Lehrstühlen schon gar nicht.

Wir wünschen euch viel Erfolg im Sommersemester und viel Spaß beim Lesen!

Belli, Michael und Peri

Impressum

Ausgabe: 01/2020

Auflage: 60.000

Erscheinungsmonat: Februar

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/abo (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at

Redaktion: Perigan Eraslan, Michael Fürthaller, Isabella Hoy

Autor_innen dieser Ausgabe: Florian Bayer, Joe Brandes, Johanna Brodträger, Natalie Bühl, Josef Burker, Atahan Demirel, Christoph Haill, Marlene Kohlberger, Savannah Mapalagama, Jan Marot, Martin Rauter, Lea Romm, Sarah Schindlbacher, Michal Sobanski, Julia Spacil, Iris Strasser

Lektorat: Noah Mayr

Layout: T. Jenni, J. Kolda



Liebe Kolleg_innen,

der Jahreswechsel ist geschafft, der Prüfungs- und Abgabemonat überlebt, die Semesterferien werden (wie jedes Jahr) zu kurz sein. Wir hoffen, du hast trotzdem die Möglichkeit, dir zwischen Protokollen, Arbeiten und Prüfungen eine kleine Pause zu gönnen, bevor wir in ein paar Wochen ins neue Semester starten. Für uns bedeutet Februar vor allem eines: Zeit für einen kleinen Rückblick aufs letzte Semester. Neben so aufregenden Dingen wie dem Austritt von Harry und Meghan aus dem britischen Königshaus oder der alljährlich „neuen“ Staffel Dschungelcamp beschäftigten uns in den letzten Monaten vor allem der Trubel rund um die Nationalratswahlen im Herbst und die darauffolgende Phase der Regierungsbildung.

AN IHREN TATEN MESSEN. Die möglichen Mehrheitsverhältnisse waren nach der Nationalratswahl relativ bald geklärt, geschwind ging es in Sondierungsgesprächen und Regierungsverhandlungen und – zack, zack, zack – als viele von uns vielleicht noch an ihrem Silvesterkater gearbeitet haben, wurde uns am 2. Jänner ein Regierungsprogramm präsentiert. Von unserem – bereits im November vorgestellten – Forderungskatalog an die verhandelnden Parteien lassen sich leider im Regierungsprogramm nicht allzu viele Forderungen wiederfinden (auf unserer Homepage allerdings schon: www.oeh.ac.at/news/forderungskatalog).

Es lassen sich dennoch durchaus einige für uns Studierende positive Vorhaben ausmachen, wie z.B. das Öffiticket für Studierende, Stärkung von Open-Access-Angeboten, bessere Anrechenbarkeitsregelungen oder die Anhebung der Zuverdienstgrenzen bei der Familienbeihilfe. Andere Projekte stimmen uns als Interessensvertretung der Studierenden nicht allzu glücklich: Studiengebühren sollen angehoben und Zugangsbeschränkungen ausgebaut werden. Der Ton im Bildungs- und Wissenschaftskapitel erinnert eher an eine BWL StEOP: Import/Export, Verwertung für den Arbeitsmarkt, Exzellenzinitiativen.

Wir werden die neue Regierung an ihren Taten messen, daran, welche Vorhaben wie umgesetzt werden und daran, ob sich der Umgang mit Interessensvertretungen im Vergleich zu Schwarz-Blau bessert. Jedoch ist es uns wichtig, auch jetzt schon klipp und klar zu sagen: Wir stehen immer kompromisslos auf der Seite der Studierenden. Wenn Maßnahmen durchgesetzt werden, die uns Studierenden schaden – und das betrifft beispielsweise auch Verschärfungen im Aufenthaltsrecht oder die ausschließliche Verknüpfung von Frauen*- und Integrationspolitik – werden wir dagegen aufstehen und uns zur Wehr setzen.

LEBENSNAH STUDIEREN? Studieren soll „lebensnah“ werden; das steht einerseits im

Regierungsprogramm und wird seit der Regierungsbildung geradezu mantraartig vom alten neuen Bildungs- und Wissenschaftsminister Heinz Faßmann wiederholt. Das wünschen wir uns auch: Wir Studierenden brauchen mehr Geld, um uns unser Leben tatsächlich finanzieren zu können, ohne vor lauter Arbeit nicht mehr studieren zu können oder psychisch daran kaputt zu gehen. Wir brauchen mehr Mitbestimmung, um unsere Anliegen lautstark vertreten zu können und dabei auch ernstgenommen zu werden – auch wenn es z.B. darum geht, gegen die Verbandelung von Professor_innen mit rechtsextremen Gruppierungen vorzugehen. Und wir brauchen mehr Freiheit, um nicht nur stur eine Studienrichtung kennenzulernen, sondern uns auch darüber hinaus mit verschiedenen Themen und Richtungen auseinandersetzen zu können und uns breit und umfassend bilden zu können.

Diese Forderungen werden wir auch weiterhin gegenüber der Bundesregierung, aber auch allen anderen Verhandlungspartner_innen, vertreten. Wir freuen uns schon auf die Diskussionen in den kommenden Monaten. Stay tuned – wir halten euch auf dem Laufenden! Schöne Ferien,

Adrijana, Desmond und Dora

dossier

Out of the closet

and into the street

QUEER

THEAS WEG IN NEUEN SCHUHEN

Geschlechterklischees sind überwindbar, findet Thea. Sie ist Studentin, Schauspielerin und sozusagen Genderaktivistin. Und das ist eine Bestandsaufnahme des Weges, den sie gerade geht.

ES IST DIE NACHT VON FREITAG AUF SAMSTAG UND THEA TANZT. Im Takt des harten Technos stampft sie, ihre großen Ohrringe schillern kurz, wenn ein Lichtstrahl sie trifft. Hier auf der Tanzfläche ist es eng, heiß, laut und wirklich dunkel. Wenn wieder frischer Nebel aus den Maschinen emporsteigt, sind nur noch die bunt blinkenden Lichterröhren an der Decke des Clubs erkennbar. Die Gäste tanzen, als ob hier niemand an ein Gestern oder Morgen denkt. In diesen Momenten scheint es, als seien alle Menschen gleich. Theas Gesicht zeigt, sie fühlt sich wohl unter der tanzenden, schwitzenden Menschenmenge. Und ihr Lidschatten glitzert.

Die 20-jährige Studentin* liebt es mit ihrer Geschlechtsidentität zu spielen, Menschen zu verwirren und Normen aufzubrechen. Heute ist sie damit nicht alleine. Die Party in der Grelle Forelle steht heute ganz im Sinne der Vielfalt. Für „Homophobie, Transphobie, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus oder toxisch maskulines Verhalten“ ist hier kein Platz, steht schon am Eingang beschildert. Die feiernde Masse im Club macht schnell deutlich, dass sie sich nicht in vielen Dingen ähnelt, aber in einer Sache einig zu sein scheint: Gesellschaftliche Konstrukte, wie etwa Gender, dürfen gerne draußen bleiben.

Gender meint in erster Linie das soziale Geschlecht und ist auch das, worauf schon Simone de Beauvoir in ihrem berühmten Zitat „Man ist

nicht als Frau geboren, man wird es“ angedeutet hat. Also das, was nach außen getragen wird, an bestimmte angelernte Rollen und verinnerlichte Muster gebunden ist. Sex im Gegensatz versteht sich im Sinne der englischen Bedeutung, also dem was man gemeinhin als biologisches Geschlecht bezeichnet. In der Regel ist Gender vom Sex abhängig. Denn das Geschlechtsteil, mit dem ein Mensch geboren wird, bestimmt meist jede weitere Sozialisation. Rosa ist für Mädchen, Blau für Burschen, und so weiter. Für Thea ist Gender eine Farbe abseits dieses Spektrums: „Es ist genau wie Make-Up oder Gewand eine politische Entscheidung, die ich treffe, wenn ich zum Kasten gehe.“ Lässt man alle gesellschaftlichen Konventionen außer Acht, wäre Gender durchaus eine bewusst wählbare Sache. So scheint es zumindest an diesem Abend in der Forelle.

AM ANFANG WAREN DIE HEMDEN. Weiter weg vom DJ-Pult ist es etwas heller, die Menge lockert sich auf. Aus der gediminten Beleuchtung der Bar und dem grünen Licht des Notausgangsschildes entsteht eine schwache Helligkeit. Thea steht in einem weiten grünen Kleid an der Bar und bestellt noch einen Spritzer. Unter ihrem langen Kleid trägt sie ein bunt gemustertes Hemd und eine grobschichtige Netzstrumpfhose.

Eigentlich hat hier alles angefangen: Im Nachtleben. Thea erzählt aus der Zeit, als sie sich ihre Identität selbst

noch nicht ganz zusprechen konnte: „Früher habe ich das immer aufs Fortgehen beschränkt, da konnte ich meine crazy Hemden anziehen. Dann habe ich begonnen meine crazy Hemden in der Frauenabteilung zu kaufen.“

Die Binarität von Geschlecht fällt in Kleidungsgeschäften besonders auf. Erdgeschoss Frauen, Obergeschoss Männer. Sogar hier im Club kann die Geschlechter-Zweiteilung nicht ganz ausgeblendet werden: Die Toiletten sind hier, wie fast überall auch, getrennt. Thea hält nicht unbedingt viel von solchen Grenzziehungen. „Obwohl Gender für mich ein Kommunikationswerkzeug ist, mit dem ich vermitteln kann, wer ich bin, finde ich die Kategorisierung schlecht“ erklärt sie. Nur zwei Geschlechteroptionen lassen eben wenig Spielraum für Vielfalt und Identität.

Vor dem Thema Identität ist Thea eine lange Zeit weggelaufen. Schritt für Schritt näherte sie sich ihm an. Zuerst beim Fortgehen, dann im Theater, auf Reisen. Bis sich zum Rückflug aus Kopenhagen im Sommer 2019 bei Thea vieles angestaut hat: „Es war mein erster Flug allein und ich habe extreme Flugangst. Als es heftige Turbulenzen gab, habe ich zu mir gesagt: Wenn ich heil ankomme, dann werde ich mein Leben so leben – und es war wirklich so dramatisch – dass ich nichts mehr bereuen werde.“ Und das bedeutete den Schritt zu wagen und anzuerkennen, ihre bisherige Geschlechtsidentität zu hinterfragen.

Sie bezeichnet sich heute als Genderfluid, das heißt ihre Geschlechtsidentität ist fließend und kann sich mit der Zeit oder je nach Situation ändern. Am Ende des Tages fühlt sich die Studentin* aber doch wohler als Frau*. „Das gibt mir mehr Energie und ich fühle mich einfach besser“ sagt sie. Ein Widerspruch als Trans*Frau gegen jene Geschlechterkategorisierungen einzutreten sei es keiner. Für Thea bedeutet Weiblichkeit nämlich ganz einfach frei zu sein: „Das umfasst für mich Make-Up, Nagellack und Schmuck zu tragen. Ohne es kategorisieren zu wollen.“

INMITTEN DER GESELLSCHAFT. Mit dieser Einsicht ist die 20-Jährige recht früh dran. Die meisten Trans*Frauen beginnen zwischen 28 und 35, Trans*Männer zwischen 18 und 26 Jahren mit diesem Transformationsprozess, wie eine Beraterin von TransX, einem Wiener Verein für Transgender Personen, erklärt.

Das ist soweit nicht verwunderlich, immerhin braucht es hierfür eine Menge Mut. Queer zu sein, also von der Norm abzuweichen, bedeutet auch Ablehnung. Die Angst im sozialen Umfeld nicht mehr akzeptiert zu werden, sei laut TransX das Hauptproblem. Die Akzeptanz von Personen abseits des binären Geschlechterverständnisses ist immer noch nicht in alle Ecken der Gesellschaft vorgedrungen, wie etwa Ergebnisse der Studie „Queer in Wien“ zeigen. Fast ein Drittel aller Befragten haben demnach in den letzten Monaten Gewalt oder Diskriminierung erlebt.



Transphobe Hassnachrichten auf sozialen Medien oder Stänkereien beim Fortgehen kennt Thea leider allzu gut. Trotzdem betont die 20-Jährige, dass sie noch keine schwerwiegende körperliche Gewalt erlebt hätte. Am prägendsten seien für sie die frühen Erfahrungen in der Schulzeit gewesen: „Bis dahin konnte ich immer sein wer ich bin, aber dann kam der Turnunterricht und ich musste bei den Burschen turnen.“ Hätten sie Mitschüler_innen damals gefragt, ob sie ein Mädchen sei, hätte sie nein gesagt. Ein Ja wäre nicht angebracht gewesen, zumindest hat sie dieses Gefühl übermittelt bekommen. Das ist jetzt anders. Weil sich Thea lange als homosexueller Cis-Mann definiert hat, zogen sich Mobbing und das „Anders-Sein“ auch schon durch ihre Zeit als Jugendliche*. „Die Zeit war sicher auch ausschlaggebend, dass ich eine gewisse Haut aufgebaut habe und jetzt gewappnet bin“ fügt sie hinzu.

Mittlerweile fühlt sie sich in ihrem Umfeld größtenteils akzeptiert und wohl. „Meine Theatergruppe, mein Freundeskreis, Familie oder die Uni sind für mich Safe Spaces.“ Ihren Nebenjob als Kellnerin* würde sie noch nicht als solchen sicheren Raum bezeichnen, weiterarbeiten werde sie dort trotzdem. Dort sichtbar sein, wo es vielleicht nicht immer angenehm ist – sie sagt: „Das ist gut und wichtig.“

SCHÜTZENDES RECHT, SEXISTISCHES RECHT. Ein Stück weit schafft es Thea mittlerweile transpho-

bes Verhalten mit ihrem selbstbewussten Auftreten abzuwehren. Soll nicht heißen, dass starke Persönlichkeiten vor Diskriminierung bewahrt sind. Dafür gibt es in Österreich entsprechende Gesetze: Trans*Personen sind rechtlich durch das Diskriminierungsverbot geschützt. Gleichzeitig erzeugt das Recht auch strukturelle Benachteiligung, wie etwa im Namensgebungsgesetz. Da man seinen Vornamen nur entsprechend des eingetragenen Geschlechts wählen kann, benötigt es dazu im Vorhinein eine Personenstandsänderung. Diese ist seit 1983 möglich und seit 2009 nicht mehr mit einer zwingenden geschlechtsanpassenden Operation verbunden. Thea hat besagte Schritte noch nicht unternommen. Sie sei sich noch nicht sicher, ob es bei ihrem aktuellen Namen bleiben wird. „Denkbar ist es aber schon“, sagt sie lächelnd.

Ein großes Problem dieser Regelungen ist die Pathologisierung. Transsexualität wird laut Klassifikation der WHO erst mit 2022 nicht mehr als psychische Störung gelten. Im Vergleich: Homosexualität wurde „schon“ Anfang der 90er aus besagtem ICD-Report, kurz für International Classification of Diseases, gestrichen. Da mit den rechtlichen Regelungen eben immer noch entmündigende Verfahren einhergehen, fordern etwa Österreichs Transgender-Gruppen in einem offenen Brief 2016, dass jegliche Änderungen nicht durch ärztliche Gutachten genehmigt, sondern durch Selbstbestimmung vollzogen werden sollten.

Außerdem gibt es eine Forderung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft den Namens- und Geschlechtseintrag an der Uni unbürokratisch ändern zu können. So könnte Thea sich mit dem Namen, über den sie sich nun primär identifiziert, zu Seminaren anmelden, ohne sich dann vor Ort gezwungenermaßen outen zu müssen. Es könnte vielen Trans*Personen ersparen, mit ihrer bisherigen Wahrnehmung von Geschlecht in Verbindung gebracht zu werden, sie könnten unerwünschter Zurschaustellung entgehen.

DIE SACHE MIT DER SICHTBARKEIT. Zum Thema Sichtbarkeit herrscht in der Trans*Community ein ambivalentes Verhältnis, wie der Wiener Verein TransX erklärt: Einerseits sind die meisten Trans*Personen „eher unfreiwillig als freiwillig sichtbar“. Andererseits hilft die Sichtbarkeit von Trans*Personen Anerkennung in der Gesellschaft zu stiften und auch Impulse zu geben, wie bei Thea. Leute zu sehen, die sind wer sie sind, habe sie inspiriert, sich nicht weiter in einer Opferrolle zu suchen: „Ich bin kein Opfer der Gesellschaft, sondern eine Vorreiterin*.“ Thea nutzt ihre Sichtbarkeit jetzt, um genau das zu sein. Alltag ist bei Thea Aktivismus. Sie findet sich mittlerweile in einer stabilen Situation wieder, in der sie versucht, immer ein Zeichen zu setzen, wenn sie Kraft dazu hat. „Ich gehe durch den 15. Bezirk mit meinem Kleid und wenn die Leute mich blöd anschauen, dann schau ich halt

zurück. Das ist eine liebevolle Provokation“ schmunzelt sie.

Am Tag vor der Clubnacht bummelt Thea über eine Einkaufsstraße. Sie möchte sich ein Outfit für die anstehende Party besorgen. Es leuchten Schilder in den verschiedensten Farben aus den Schaufenstern: Rot, ein grelles Gelb, Pink oder einfach nur Schwarz. Auf allen steht bedeutungsgemäß das gleiche. Abverkauf. Die Studentin* schlendert durch die Gänge eines Schuhgeschäfts. Schwarze Stiefeletten fallen ihr ins Auge. Ob es diese auch in ihrer Schuhgröße gäbe? Sie fragt nach. Die Sondergrößen wären im Untergeschoß, meint die Verkäuferin. Dort wo sich im stationären Einzelhandel wohl selten ein modischer Schuh hinverirrt hat.

Deshalb sollten sie laut Thea dort auch besser bleiben. Im Internet würde sie bestimmt schöne Schuhe finden, die ihr passen. Und bei nächster Gelegenheit würde sie schon darin tanzen.

Anmerkung: Das Gendersternchen () wird in diesem Text verwendet, um die Realität geschlechtlicher Vielfalt auch in der Sprache sichtbar zu machen.*

Johanna Brodträger studiert Philosophie und Publizistik an der Uni Wien.



Die queeren Kinder der *Umm el-Dunya*

Ein kurzer Einblick in meinen Erfahrungen als queerer Jugendlicher in Kairo, der größten Stadt im Nahen Osten, sowie zur Lage von queeren Menschen dort.

„Umm el-Dunya“ bedeutet auf Arabisch „Mutter der Welt“ und ist eine arabische Redewendung, die Ägypten beschreibt und die historischen Leistungen der antiken Zivilisation in der Region betont. Nur hat die Umm el-Dunya ein scheinbar schmutziges Geheimnis, das sie und ihre Familie zu leugnen versuchen, weil es von der Gesellschaft nicht akzeptiert wird. Sie hat queere Kinder, mich eingeschlossen.

Als ich in Kairo in die Unterstufe ging war „Estargel“ eine Aufforderung, mit dem ich sehr oft konfrontiert war. Sei es in der Schule von Schulkolleg_innen und Lehrer_innen, von Familienmitgliedern, von einst mir sehr nahestehenden Personen oder sogar von Fremden auf der Straße. „Estargel“ lässt sich am treffendsten mit dem Englischen „Man up“ übersetzen und bedeutet „werde ein Mann“ oder „sei mehr wie ein Mann“.

Ein paar mir vertraute Kontexte:

„Estargel“, denn dein Verhalten ist sehr feminin.

„Estargel“, weil du nur mit Mädchen plauderst wenn du lieber mit Jungs Fußball spielen solltest.

„Estargel“, denn dein Gang ist „schwul“.

AUF UNTERSCHIEDLICHSTE ART UND WEISE STACH ICH HERVOR, da ich nicht dem Männlichkeitsideal meiner Umgebung und meiner Familie entsprach. Ich spielte nicht Fußball, hatte kaum männliche Freundschaften und konnte mich mit dem stereotypischen Machobild hinter „Estargel“ nicht identifizieren. Als ich zwölf Jahre alt war begriff ich, dass ich keinerlei sexuelles Interesse an Frauen hatte und selbst als mir Jahre später klar wurde, dass ich auf Männer stehe, habe ich mich nicht als „schwul“ oder gar „queer“ einordnen können. Grund war meine Sozialisierung und Erziehung in Kairo, der Hauptstadt Ägyptens und größten Stadt im Nahen Osten. Ganz zu schweigen davon, dass es zur Zeit meiner Jugend kein arabisches Wort für „homosexuell“ gab, das nicht „pervers“ oder „abartig“ bedeutete oder generell negativ behaftet war.

Ägypten, wie viele andere Länder in der Region, tabuisiert weitgehend Homosexualität und LGBTQ*-Themen aus verschiedensten Gründen, sei es wegen einer bestimmten Moralvorstellung, der spezifischen Kultur im jeweiligen Land, der Religion und/oder

wegen der Folgen europäischer Kolonialisierung. Nicht tabuisiert ist das Wort „Schwuchtel“, das beim Mobbing am Schulhof oder beim Beschreiben von nicht ausreichend „männlichen“ Männern schnell einmal fällt.

STAATLICHE UNTERDRÜCKUNG. Zwar gibt es in Ägypten formell keine Gesetzeslage zur Bestrafung von Homosexualität, es kommt aber vor, dass queere Menschen unter den Vorwürfen „Ordnungswidrigkeit“ und „Entartung der Sitten“ inhaftiert werden. Diese Fälle wecken breite mediale Aufmerksamkeit, bekannte Nachrichtensprecher_innen stempeln die unschuldig Inhaftierten als „krank“ und „geistesgestört“ ab. Mächtige Institutionen wie zum Beispiel die Koptische Kirche, der Staat oder die islamische Al-Azhar Organisation wännen sich im Feldzug gegen das moralisch Böse und sehen queere Lebensentwürfe als bekämpfungswert.

Die Unterdrückung der queeren Szene in Kairo war und ist nie konstant gewesen. Tatsächlich gab es Phasen, in der es von Seiten der Staatsgewalt

mal mehr, mal weniger Repression gab. So zum Beispiel die Zeit vor dem Arabischen Frühling, in der es wesentlich einfacher gewesen sein soll, sich zu vernetzen. Da galten andere Randgruppen als Zielscheibe. Ebenso verhält es sich mit dem stetigen Auf und Ab von medialen Hetzkampagnen gegen die queere Minderheit, die sich ohnehin für die eigene Sicherheit verstecken muss. Zurückzuführen ist dieses Phänomen einerseits auf die sich immer verändernde innenpolitische Lage (Revolutionen, kontroverse Wahlen, Terrorismusbekämpfung) als auch auf die abwechselnde Bereitschaft der Polizei und Repressionsbehörden mit Gewalt zu handeln. Auch ist die staatliche und soziale Repression, die queere Menschen erleben, abhängig von der sozio-ökonomischen Schicht, aus der die Betroffenen herkommen.

ES GEHT UM MACHT. In „Sex and the Citadel“, dem Buch der Wissenschaftsjournalistin Shereen El Feki, erkundet sie im Kapitel „Dare to be different“ die queere Szene Kairos. So legt ein Lehrer einer elitären Schule im Gespräch mit ihr fest: „Es geht um Macht“. Die Polizei traut sich keine Razzia in geschlossenen, abgetrennten Wohnkomplexen durchzuführen, in denen Ärzt_innen, Rechtsanwält_innen, Autor_innen, Professor_innen, usw. verkehren. Auch im kontroversen Film „Family Secrets“ wird Ähnliches geschildert: Marwan, ein Achtzehnjähriger, der schwul ist, outet sich und wird trotz heftiger sozialer Abgrenzung und Gewalt innerhalb und außerhalb der Familie nicht verhaftet. Sein Vater ist einflussreicher Geschäftsmann. Er landet bei fünf verschiedenen Therapeut_innen und ihm wird aus falscher Fürsorge der Familie die Chance gegeben, seine Homosexualität „heilen“ zu lassen, was vielen Menschen niedrigerer sozialen Schichten keine Option ist.

Auch nach meinem Coming-Out war die erste Reaktion eines nahestehenden Familienmitglieds, panisch zum Hausarzt zu fahren und zu fragen, wie man meine „Krankheit“ heilen kann. Mein Glück war es, dass der Hausarzt in den USA studiert hatte und meiner Familie medizinisch erklären konnte, dass Homosexualität keine Krankheit ist und dass es keine Heilmittel gibt. Selbst nicht mehr Testosteron, was als Vorschlag eines anderen Familienmitglieds kam. Anders war die Reaktion eines bestimmten Imams, der mir mit religiöser Autorität aufgrund strittiger Sekundärquellen des Islams erklärte, warum ich einen Exorzismus brauchen würde. Ein anderes Familienmitglied legte mir nahe, dass es doch nur eine Phase ist und dass ich einfach mehr Sport betreiben soll. Auch ein Bluttest wurde vorgeschlagen.

Zu dem Zeitpunkt war ich längst nach Österreich gezogen, wo meiner österreichischen Familie mein Coming-Out viel leichter fiel als mir selbst. Denn mich als schwuler Mann zu identifizieren bedeutete für mich anfangs das Auflehnen gegen eine soziale Ordnung, an die ich aufgrund meiner Erziehung in Kairo fest glaubte und die für mich als unerschütterlich galt. Doch ich bin mit österreichischem Pass und der Möglichkeit, nicht in Ägypten leben zu müssen, im Vergleich zu vielen anderen privilegiert.

UNTERDRÜCKUNG ALS ABLENKUNGSSTRATEGIE. Oft fungiert die Unterdrückung von Individuen oder gar ganzen Gruppen als Manöver, um von der wirtschaftlichen und demokratiepolitischen Notlage des Landes abzulenken, wie zum Beispiel im bekannten Fall „Cairo 52“, wo im Jahr 2001 52 Männer in einem Nachtclub für homosexuelle Männer inhaftiert wurden. Politisch gelten queere Menschen als „innere Feinde“, die die Ordnung und Stabilität des Landes zu bedrohen schienen. Alle sozialpolitisch relevanten Institutionen, sei es die islamische Al-Azhar Organisation, die Koptische Kirche, der Militärapparat, die Muslimbruderschaft, die einflussreiche Medienlandschaft oder der Staat, sind in ihrer Überzeugung ausnahmsweise geeint: LGBTQ*-Identitäten sind „Erfindungen des Westens“ und stören die soziale Ordnung. Heutzutage stehen wenige hinter der LGBTQ* Community. Laut Nicola Pratt in „The Queen Boat case in Egypt“ vermitteln Medien und Staat, dass Homosexualität „un-ägyptisch“ sei. Das spiegelt den gesellschaftlichen Konsens: 95% von Ägypter_innen sind gegen eine soziale Akzeptanz von Homosexualität. Dies belegte eine Statistik des Pew Research Center im Jahr 2013.

Für mich hieß es konkret: Mit meiner Identität offen umzugehen könnte für mich sozialen Ausschluss und wahrscheinlich familiäre Intervention bedeuten. Für mich als Erwachsener in Ägypten könnte mir eine Freiheitsstrafe mit Begründung der Ordnungswidrigkeit drohen. Angesichts der zivilgesellschaftlichen Befürwortung der Bestrafung meiner queerness war mir als Zwölfjähriger schon klar, dass die Lage in Kairo für Menschen wie mich nicht sicher ist.

Die Reaktionen meiner Familie, meiner Schulgemeinschaft und meiner Freund_innen konnte ich nicht einschätzen. Das Risiko ging ich nicht ein. Denn auch wenn das Milieu, mit dem ich konfrontiert war, ihre Urlaube in Nordamerika und Europa verbrachten, Englisch und eine weitere europäische Sprache als Bildungssprache fließend sprachen, viele außerhalb Ägyptens oder an der American oder German University in Cairo studierten und sich als weltoffen, bildungsnahe und des öfteren wohlha-

bend verstanden, galt Queersein und die Akzeptanz dessen oft als die rote Linie, die man nur schwer überquert.

HOFFNUNG FÜR DIE ZUKUNFT. Es gibt aber positive Entwicklungen. Mit LGBTQ*-Repräsentation in erfolgreichen amerikanischen Serien und Filmen sowie der immer größer werdende Akzeptanz in den USA und Europa wird auch die Akzeptanz unter Kairoer Jugendlichen, die gute Aufstiegschancen haben und privilegiert sind, besser. Da kann man aber trotzdem nicht von einer generellen Norm ausgehen. Für einige gilt nach wie vor: Egal wie „offen“ man westlichen Idealen oder dem westlichen Lebensstil gegenüber ist, ist Homosexualität im besten Falle eine Krankheit, die es zu bekämpfen gilt.

Deswegen lebte ich mehrere Jahre mit großer Achtsamkeit; ein Coming-Out und eine öffentlich queere Identität kamen für mich nicht in Frage. Viel einfacher schien mir die Unterdrückung meiner Homosexualität und das Hoffen, dass sie mit Mühe und Disziplin von alleine weggehen würde. Die tiefe Verwurzelung der Queerphobie in der Gesellschaft und im Einzelnen führte dazu, dass ich mich selbst nach meinem Coming-Out gegen die gleichgeschlechtliche Ehe in Ägypten aussprach, denn für mich fühlte sich eine Gleichberechtigung unter ägyptischem Himmel nicht angemessen an.

Für viele queere Menschen mit Wurzeln im Nahen Osten ist die eigene und fremde Akzeptanz keine Selbstverständlichkeit. Es gibt aber seit einigen Jahren vor allem in den sozialen Medien Grund zur Freude. Zum Beispiel gibt es das „Queer Muslim Project“, das in einem sozialpolitischen Kontext die Erfahrungen und das Leben queerer Muslim_innen in den Vordergrund stellt. Rafiul Alom Rahman, der Gründer, ist Aktivist gegen Queerphobie innerhalb und außerhalb der muslimischen Community und arbeitet gegen antimuslimischen Rassismus. Auch bekannt auf Instagram ist @artqueerhabibi, ein account, der queere Postkarten und Illustrationen mit arabischen Queers als Motiven kreiert. Umso bekannter ist Hamed Sinno, der als queerer Aktivist auch gleichzeitig Sänger in der libanesischen Band Mashrou' Leila ist. 2017 startete er nach einem kontroversen Konzertauftritt (welcher jedoch gut besucht war) indirekt eine große Debatte um LGBTQ* in Ägypten. Online gründeten sich ebenfalls die Initiativen „No Hate Egypt“ und „Solidarity with Egypt LGBT“. Eines Tages, so meine Hoffnung, werden sich queere Menschen in Ägypten nicht mehr verstecken müssen.

Josef Burker studiert Jus und Koreanologie an der Universität Wien.

Nichts zu feiern, alles zu gewinnen

„Unmöglich“ nannte das georgische Innenministerium die Pläne, eine Pride-Parade in Tbilisi abzuhalten. Die Organisator_innen der ersten Pride der Kaukasusrepublik belehrten sie eines Besseren. Doch dorthin war es ein harter Weg.

In Wien verbindet man die Pride mit ausgelassen tanzenden Menschen auf den Straßen, mit schrillen Kostümen und unbeschwerter Feierlaune. Die Pride ist in Wien mittlerweile eine einzige große Party, die die Wiener Innenstadt durchzieht. Die Ankündigungen für ihre erste georgische Schwesterveranstaltung 3000 Kilometer weiter östlich liest sich gänzlich anders: „Wir werden keinen festlichen Umzug abhalten. Die queeren Menschen Georgiens haben wenig zu feiern.“

Die Vorzeichen, unter denen diese beiden Events standen, könnten unterschiedlicher kaum sein: Während sich in Wien von der Stadtregierung über die Kaufleute bis zu den Verkehrsbetrieben alles in Regenbogen-Schale wirft, die Pride und ihre Gäste willkommen heißen und Proteste reaktionärer Akteur_innen weitgehend ausbleiben, wurde die Tbilisi Pride von Anfang an mit Ablehnung, Bedrohungen und Gewalt konfrontiert. „Ich mache mir Sorgen, dass jemand sterben könnte“, zitiert die Georgia Times ein besorgtes Mitglied der LGBTIQ-Community. Diese Furcht teilen viele queere Menschen in Georgien, nicht alle unterstützen die Idee größerer Sichtbarkeit, sie fürchten eine weitere Zunahme der Hasses gegen sie. Die queerfeindlichen Widerstände gegen die Pride umfassen diverse Akteur_innen – auch staatliche: Die Stadtregierung etwa gab Informationen über Veranstaltungsorte an ultraorthodoxe Gruppen weiter, Medien veröffentlichten die Adresse des Büros des Organisationsteams. Die Folgen waren

körperliche Angriffe auf Menschen, die als queer wahrgenommen wurden, LGBTIQ-feindliche Aufmärsche vor den Räumlichkeiten und plötzliche Absagen von bereits gebuchten Veranstaltungsorten.

TROTZ DIESER SCHWIERIGEN VORAUSSETZUNGEN wurde die erste Pride Week in Tbilisi für Mitte Juni 2019 ausgerufen. „Wir werden uns nicht verstecken, denn es ist unerträglich, ein Doppelleben zu führen. So haben wir keine andere Wahl, als für unsere Würde zu kämpfen.“, heißt es im Aufruf der Organisator_innen. Und ein Kampf war es wahrhaftig, die Pride Week sicher und erfolgreich über die Bühne zu bringen. Sie bestand aus insgesamt vier Veranstaltungen: Einem Theaterstück, einer Konferenz, einer Party sowie dem „March of Dignity“ – der eigentlichen Pride. Sie konnten schlussendlich allesamt stattfinden. Doch wie viel Arbeit und vor allem Mut dazu nötig waren, ist kaum in Worte zu fassen. Mehr als einmal standen die Veranstaltungen an der Kippe. Das Organisationsteam, das offen mit Namen und Gesicht auftritt, sah sich der ständigen Gefahr gewalttätiger Übergriffe ausgesetzt und auch jegliche Personen, die sich mit der LGBTIQ-Community solidarisch zeigten, gerieten alsbald in den Fokus ultraorthodoxer Fundamentalist_innen.

SO WIDRIG DIE BEDINGUNGEN WAREN, so wichtig war es für die LGBTIQ-Community im Kaukasus, dieses Zeichen der Sichtbarkeit gegen

alle Widerstände durchzusetzen. Doch den Aktivist_innen verlangte der Weg dorthin alles ab. Bereits am ersten Tag der Veranstaltungsreihe gingen per SMS Morddrohungen bei zwei Sprechern der Gruppe ein. „Ich weiß, wo dein Büro ist. Ich werde deinen Kopf abschneiden und zum Helden werden“, stand darin zu lesen. Als nahezu zeitgleich eine Journalistin den Ort des Büros des Organisationsteams der Pride öffentlich ausplauderte, wurde das Gebäude vorsorglich geräumt. Und wirklich: Wenig später kam es unweit des Büros zu einem Angriff auf einen schwulen Mann, die Angreifer dürften bereits in der Nähe gewartet haben.

Kaum eine Stunde nach dem Bekanntwerden der Büroanschrift sammelten sich etwa hundert ultraorthodoxe Fundamentalisten auf der Straße vor dem Gebäude. Sie trugen Banner, auf denen das Wort LGBTIQ durchgestrichenen war und eine Absage der Pride gefordert wurde. Unter den Teilnehmenden waren mehrere orthodoxe Geistliche, die vor Medienvertreter_innen als Sprecher auftraten. Sie schworen vor diversen Fernsehteams, die Pride Parade, die sie als „Feier der Perversion“ verunglimpften, zu verhindern. „Sie werden über unsere toten Körper gehen müssen“, verdeutlichte Sandro Bregadze, eine der Führungsfiguren der extremen Rechten Georgiens, die absolute Feindschaft zu jeglichem Ausdruck queerer Sichtbarkeit. Die erste Veranstaltung der Pride Week stand durch diese Ereignisse bereits unter großem Druck. Eine Absage stand lange im Raum,

doch letzten Endes entschlossen sich die Beteiligten dazu, das Programm unter strenger Geheimhaltung und verschärften Sicherheitsvorkehrungen durchzuführen.

KAFKA IM KIRCHENASYL. Der erste Programmpunkt war eine Adaption von Kafkas Theaterstück „Die Verwandlung“. Es behandelt das Leben, die zunehmende Verzweiflung und den Suizid eines schwulen Teenagers, der von seiner konservativen Familie verstoßen wird. Die Schlusszene zeigt den Laiendarsteller, einen jungen Mann mit kurzem rosa Haar, mit einer Schlinge um den Hals von der Familie verlassen alleine auf der Bühne. Ein schwermütiger Auftakt, der im konservativen, von der orthodoxen Kirche stark geprägten Georgien einen Nerv trifft. Dass Familien sich von ihren Kindern abwenden, sie verstoßen, sobald sie von deren Homosexualität erfahren, ist ein großes Problem, besonders in ländlichen Gebieten.

Die Aufführung fand an einem so unerwarteten wie symbolischen Ort statt: Einer Kirche. Deren evangelische Pastorin setzte sich für die queere Community ein und stellte ihre Räumlichkeiten zur Verfügung. „Auch sie sind Kinder Gottes“, begründete sie ihr Handeln. Ein lichtdurchfluteter Altar bildete die symbolträchtigste Bühne, die man sich für dieses Theaterstück hätte wünschen können. Diese ungewöhnliche Örtlichkeit war notwendig geworden, nachdem die Behörden die Adresse des Theaters, das die Veranstaltung hosten sollte,

an Gegner der Pride weitergab. Über hundert Personen konnten trotz der Geheimhaltung und der ständigen Sorge vor Gegenaktivitäten an der Veranstaltung teilnehmen. Als der letzte Vorhang fiel, war die Stimmung gelöst, fast ausgelassen. Der erste Programmpunkt war geschafft, der erste Erfolg erkämpft. Die Möglichkeit einer Pride Week im erkonservativen Georgien war damit unter Beweis gestellt und die Hoffnung, auch die Demonstration abhalten zu können, wuchs.

PERSPEKTIVEN QUEERER SELBSTERMÄCHTIGUNG. Der zweite große Programmpunkt der Pride Week war eine internationale Konferenz. Auch sie fand unter strengen Sicherheitsvorkehrungen an einem zuvor geheim gehaltenen Ort in Tbilisi statt. Die Podien brachten aktivistische, politikwissenschaftliche und sozialarbeiterische Sichtweisen auf verschiedene Felder mit LGBTIQ-Bezügen zusammen. Diskutiert wurde etwa über die LGBTIQ-Feindlichkeit europäischer Staaten, über Gesundheitsrisiken, die speziell Schwule, Lesben und trans Personen betreffen, über Erfahrungen mit der Organisation von Pride Demonstrationen und mögliche Perspektiven für Georgiens queere Community.

Ein_e nicht-binäre Sexworker_in referierte am Podium über die verletzte Position, in der sich exponierte Personen wie er_sie befinden. Ob es denn auch zu physischer Gewalt komme, wollte einer der vielen internationalen Gäste im Publikum wissen. „Jeden Tag“ lautete die Antwort schlicht und ungeschönt. In den Wochen nach der Bekanntgabe der Pläne, eine Queer Pride in Tbilisi zu veranstalten, hatten die Übergriffe sogar noch zugenommen. Die Plätze, an denen sich queere Sexarbeiter_innen oft aufhalten, an denen die Anbahnung der Kontakte stattfindet, sind auch fundamentalistischen Gruppen bekannt. Die Gefahr – man kann beinahe von einer Gewissheit sprechen, mit der sie sich Gewalt aussetzen – ist für die Betroffenen kaum zu vermeiden. Die queere Community hat in einer Reaktion darauf verstärkt selbst Schutz organisiert, denn auf die Polizei ist kein Verlass. Von ihr wird eher weitere Gewalt und Schikane als Hilfe erwartet, wie Aktivist_innen berichteten. Zwischen gewalttätigem LGBTIQ-Hass und sichtbar queeren Menschen steht zumeist nichts als die Solidarität untereinander.

Auch trans Personen müssen alltäglich Übergriffe fürchten. Als die vortragende Person im kleineren Rahmen weiter über die Gewalt, mit der sie und ihre Mitstreiter_innen konfrontiert sind, berichtete, fiel schließlich der Name Zizi Shekeladze. Sie war eine mutige, lebenslustige Frau, vielen in der Community eine Freundin. War. Denn sie wurde im Jahr 2016 auf offener Straße in Tbilisi erschlagen, das Motiv war Hass gegen trans Personen.

EIN RUSSISCHER AFFRONT ALS HINDERNIS. Auf der Konferenz wurde schließlich und sichtlich schweren Herzens auch die Verschiebung des dritten, zentralen Programmpunktes der Pride Week bekannt gegeben: Aufgrund der zu diesem Zeitpunkt sehr aufgeheizten politischen Lage, mit täglichen Demonstrationen in der Innenstadt von Tbilisi, sollte die Pride nicht am geplanten Datum stattfinden. Die Sicherheitslage wurde als zu prekär eingestuft. Grund dieses Aufruhrs war einmal mehr das zerüttete Verhältnis zu Russland. Dieser Konflikt um mehrere Grenzgebiete ist ein Pulverfass, der letzte Krieg liegt



Foto: Kai Fesio

wurde geplant, aber im letzten Moment von deren Veranstalter_innen unterbunden. Die Hoffnung auf eine offene Solidarisierung der Proteste, die tendenziell progressivere Teile der georgischen Gesellschaft umfassten, mit den Anliegen der Pride, wurde jäh enttäuscht. Die Solidarität zwischen den Protesten erwies sich als einseitig.

DIE PRIDE WIRD WIRKLICHKEIT. Erst mehrere Wochen später hatte sich die politische Lage einigermaßen beruhigt. Die Regierung war auf einen Teil der Forderungen der anti-russischen Proteste eingegangen. Zwischenzeitlich hatte das Organisationsteam der Tbilisi Pride einen zweiten Versuch, die Pride abzuhalten, abbrechen müssen, nachdem der Ort bekannt geworden war und LGBTIQ-feindliche Gruppen den Versammlungsort besetzten – ein weiterer Rückschlag. Trotz der Enttäuschungen und den nach intensiven Wochen bereits schwindenden Energien entschloss sich die LGBTIQ-Community zu einem letzten Versuch, ihren Protest für ein Leben in Freiheit und Würde auf die Straße zu tragen. Im Geheimen und möglichst kurzfristig wurde intern mobilisiert, um dem Mob ultraorthodoxer Männer diesmal keine Chance zu geben, sich vorab am Versammlungsort zu formieren. Und diesmal sollte es gelingen: Etwa eine halbe Stunde konnten die Teilnehmenden mit Regenbogenfahnen und Protestschildern vor dem Innenministerium ihren Forderungen Öffentlichkeit verleihen – dann wurde die Veranstaltung angesichts dessen, dass sich queerfeindliche Gruppen am Weg zur Kundgebung befanden, beendet.

Diese kleine Kundgebung war für die LGBTIQ-Community Georgiens ein Meilenstein, ein wichtiger Ansatzpunkt. Die allererste Pride in diesem Land hat am Ende unter größten Anstrengungen stattfinden können. Allen Widrigkeiten zum Trotz. Sie ist ein erstes Zeichen, auf dem in den kommenden Jahren aufgebaut werden soll. Der georgischen LGBTIQ-Community stehen noch viele Kämpfe um Gleichberechtigung, Sichtbarkeit und ein Leben in Würde bevor. Ihr Durchhaltevermögen und ihre Unerschütterlichkeit hat sie bereits eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Julia Spacil (26) studiert im Master Publizistik an der Universität Wien.

Homosexuelle als Staatsfeind Nummer eins

Die polnische Regierung schürt immer mehr Homophobie. Paraden werden angegriffen, Gemeinden erklären sich als „LGBT-frei“. Woher kommt der Hass?

„SCHWULE UND LESBEN WERDEN ALS STAATSFENDE ANGESEHEN“, sagt Elżbieta Podleśna. Die 51-jährige Polin, hauptberuflich Krankenschwester in Warschau, setzt sich seit 2015 als selbstständige Aktivistin für Frauenrechte, Antifaschismus und LGBTQ*-Rechte ein. Mediale Aufmerksamkeit erhielt sie, als sie für mehrere Stunden wegen angeblicher Verletzung religiöser Gefühle festgenommen wurde. Ein Tatbestand, der in Polen mit einem Strafausmaß von bis zu zwei Jahren geahndet wird. Ihre Behandlung ließ sie am polnischen Rechtsstaat zweifeln. Damit ist sie aktuell, nach einer höchst kontroversen Justizreform, nicht die einzige.

Podleśnas „Vergehen“: Sie schmückte ein Bild der „Schwarzen Maria“ des bekannten Wallfahrtsorts Częstochowa mit einem Regenbogenheiligschein und protestierte gegen Homophobie und Pädophilie in der Kirche. „Meine Regenbogen-Maria steht für Akzeptanz und Fürsorge. Die meisten polnischen Bischöfe treten für das genaue Gegenteil ein, sie schüren Hass und wollen ihre eigenen Verbrechen totschweigen“, sagt Podleśna. Der Zeitpunkt ihres Protests im Mai letzten Jahres war nicht zufällig gewählt. Zwei aufsehenerregende Dokumentarfilme gingen auf YouTube viral und zeigten, mit welchen Mitteln Kirchenmänner ihre pädophilen Vergehen kaschieren. Die Kirche spielte die Kritik einmal mehr herunter, größere Konsequenzen blieben wie schon in früheren Fällen aus. Stattdessen schossen sich Bischöfe und Pfarrer auf Homosexuelle ein.

„Seit zwei Jahren nimmt die Homophobie deutlich zu“, sagt Mirosława Makuchowska, die bei der Warschauer NGO Kampania Przeciw Homofobii arbeitet. „Dienten im Wahlkampf 2015 noch Flüchtlinge als Feindbild der Regierung, sind es nun Schwule und Lesben“, so die Expertin. Der Vorwurf: Die „Regenbogen-Plage“ zerstöre traditionelle Familien und wolle das

katholische Polen und seine Traditionen abschaffen. So hat der Bischof von Krakau etwa Homosexuelle als „genauso schlimme Plage“ wie die in Polen verhassten Kommunist_innen bezeichnet. Auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen TVP, das in den letzten Jahren zum Propagandakanal der rechtskonservativen Regierung verkommen ist, wettet gegen Schwule und Lesben.

Der Diskurs verschärfte sich noch mehr, als mehrere Zeitungen und Magazine im Vorfeld der Parlamentswahlen letzten Herbst Sticker mit Aufschrift „LGBT-freie Zone“ beilegten. Einige Buchhandlungen und Tankstellenketten boykottierten die betroffenen Zeitschriften und auch die polnische Zivilgesellschaft ließ nicht lange auf sich warten. Unter dem Twitter-Hashtag #JestemLGBT („Ich bin LGBT“) outeten sich Tausende Pol_innen öffentlich als queer. Außer weiteren Vorurteilen hatte die rechte Twitterblase dem nichts entgegenzusetzen.

„SOLANGE ICH MICH ERINNERN KANN, GIBT ES EINE LATENTE HOMOPHOBIE IN POLEN, die wie der latent vorhandene Antisemitis-

mus jederzeit ausbrechen kann“, sagt Podleśna. Als eine von mehreren Ursachen sieht sie das Schulsystem, das wenig Raum für alternative Denkweisen und Lebensentwürfe zulasse. Ein weiteres Problem sei, dass auch linke Oppositionsparteien LGBT-Rechte – wie etwa die Anerkennung von im Ausland adoptierten Kindern – lange als Nischenthema betrachtet hätten. Das räche sich jetzt.

Podleśna lebt zwar schon seit mehr als 20 Jahren in Warschau, ist aber in Lublin aufgewachsen – einer Großstadt im Südosten Polens. Im Oktober 2018 fand dort die erste Regenbogenparade mit 1.500 Teilnehmer_innen statt. Rund 200 gewaltbereite Hooligans attackierten sie und andere Demonstrierende mit Glasflaschen, Steinen und Fäusten. Die Polizei blieb lange passiv, setzte schließlich Wasserwerfer und Tränengas ein. Zu ähnlichen Szenen und Gewalt kam es letzten Sommer bei einer Parade in Białystok im Nordosten Polens. Vom Ausmaß der Gewalt war selbst Podleśna als erfahrene Aktivistin überrascht.

„Tausende haben geschrien ‚Raus mit euch Perversen‘. Sie haben uns Feuer-

werkskörper vor die Füße geschmissen, uns mit uringefüllten Glasflaschen und benutzten Babywindeln beworfen“, berichtet sie. Mütter und Väter haben vielfach ihren Kindern gezeigt, was sie von den Menschen hielten, die an ihnen vorbeigingen. Sie bespuckten und beschimpften die Aktivist_innen, „ja, sie hätten uns am liebsten den Tod gewünscht“, sagt Podleśna.

IM MAI STEHEN DIE POLNISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN AN

und Makuchowska fürchtet, dass die homophobe Propaganda der Regierung bis dahin wieder anlaufen wird. „Ich schäme mich, dass viele Leute mittlerweile das Land verlassen müssen, weil es an fundamentalen Grundrechten fehlt“, sagt der junge Filmemacher Bartosz Staszewsk. Sein Dokumentarfilm „Article 18“ zeigt, mit welchen Schwierigkeiten ein lesbisches Paar kämpft, das von England nach Polen zurückkehrt. Viele seiner Freunde und Bekannten haben das Land mittlerweile verlassen, weil die Anfeindungen zu stark geworden sind, berichtet Staszewsk.

„Ich bin privilegiert, weil ich Hand in Hand mit meinem Partner gehen kann. Meine homosexuellen Freunde können das nicht, nirgendwo in Polen“, sagt Elżbieta Podleśna, die sich nicht einschüchtern lässt. Derweil wartet sie noch auf das abschließende Urteil in der Causa Regenbogen-Maria, das zu einem Präzedenzfall werden könnte – für die Unabhängigkeit der Justiz, für das Verhältnis von Religion zum Staat und dafür, was der Zivilgesellschaft in Zeiten des rechtskonservativen Backlashs noch erlaubt ist. Allenfalls will die Aktivistin durch die Instanzen und bis vor den Europäischen Gerichtshof gehen. Einstweilen demonstriert sie weiter.

Florian Bayer (29) studierte Journalismus & Medienmanagement, Globalgeschichte sowie Philosophie und ist freier Journalist in Wien.



Foto: Joanna Pionka



BILDUNG

Uns Reicht's!

Was für viele nichtsahnend mit einer Kundgebung begann, endete in einer halbtägigen Besetzung des Festsaals der Technischen Universität Wien.

Den prestigeträchtigen Festsaal der Uni bekommt man als Student_in in der Regel frühestens bei der akademischen Abschlussfeier zu sehen. Schade eigentlich, denn mit der nötigen Ausstattung würde der Saal sicher auch einen geeigneten Lernraum bieten. Das stellten auch die Aktivist_innen der Bewegung „Uns Reicht's“ im Dezember bei ihrer Besetzung des Saals fest.

Schon im November wurde mit der Besetzung der ungenutzten ehemaligen Cafeteria Nelson's auf das Raumproblem an der TU aufmerksam gemacht. Die Forderung nach mehr Raum bildete den Ausgangspunkt für die Protestbewegung „Uns Reicht's“, die sich daraufhin entwickelte. Mittlerweile stehen zehn Forderungen im Katalog, die die gesamte österreichische Hochschulpolitik betreffen.

Die Bewegung sieht sich als überparteiliches, selbstverwaltetes, universitätsübergreifendes Kollektiv, das sich für eine soziale, gerechte und diskriminierungsfreie Hochschule einsetzt. Gefordert wird die Ausfinanzierung der Hochschulen, welche es erst ermöglichen würde, viele der unterliegenden Anliegen der Bewegung anzupacken. Neben dem Recht auf konsumzwangsfreie Räume für Arbeit und Austausch stehen die Aktivist_innen für den offenen und freien Hochschulzugang ein, also eine Abschaffung der sozialen Selektion durch Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen, welche dazu führen, dass viele Studieninteressierte es sich gar nicht erst leisten können, ein Studium anzutreten. Dazu zählt auch die Verbesserung der Konditionen von Familien- und Studienbeihilfe, sowie mehr Unterstützung für Drittstaatsangehörige, die aktuell durch doppelte Studiengebühren und erschwerte

Bedingungen am Arbeitsmarkt bestraft werden. Auch die Forderung nach mehr Bildung statt Ausbildung kritisiert das wirtschaftsliberale System, in das die Studierenden möglichst schnell entlassen werden sollen, statt umfassend gebildet zu werden. Damit verbunden ist ein enormer Leistungsdruck durch die geringe Mindeststudiendauer. Für die Studierendenvertretungen wird ein echtes Mitspracherecht verlangt, da seit der Abschaffung der Drittelparität – also einer jeweiligen 1/3-Repräsentation von Studierenden, Professor_innen und Assistent_innen – in den Gremien der Hochschulen von einer entscheidungsfähigen Studierendenschaft kaum die Rede sein kann.

DOCH DIE FORDERUNGEN BESCHRÄNKEN SICH NICHT AUF STUDIERENDE ALLEIN – für das Hochschulpersonal werden ebenfalls bessere Bedingungen gefordert. Das bedeutet auf allen Ebenen eine gendergerechte Hochschule. Diese ist im Jahr 2020 noch immer keine Realität, da beispielsweise Professorinnen zu selten eingestellt werden und Frauen noch immer vorwiegend in administrativen Berufen beschäftigt sind. Die Forderung inkludiert aber auch Maßnahmen für Menschen mit Behinderung, das nicht-akademische Personal sowie Kinderbetreuungspplätze für Menschen mit Betreuungspflichten. Auch klimagerechte Hochschulen stehen im Programm der Bewegung, die sich für die Verankerung der Klimakrise in den Curricula, Förderung von Klimaforschungsprojekten und leistbare Tickets für den öffentlichen Verkehr einsetzt. Schließlich soll ein eigenes Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung beibehalten werden, damit die Wissenschaft nicht wirtschaftlichen Interessen unterliegt. Anlass für die Ausarbeitung dieses um-

fangreichen Katalogs bot einerseits das zehnjährige Jubiläum des Studierendenprotests #unibrennt, andererseits die damals noch anstehenden Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP und den Grünen. Das neue Bildungspaket stand noch zur Debatte, und so kam es zu der lautstarken Aktion des studentischen Kollektivs.

DER VERLAUF DER BESETZUNG.

Am 10. Dezember meldete „Uns Reicht's“ eine Kundgebung vor der Technischen Universität an. Die noch recht unbekannte Bewegung erregte die Aufmerksamkeit einer Schar von Studierenden, die sich durch die Reden von Aktivist_innen der Gruppe und verschiedener solidarischer Organisationen mitreißen ließen. Nicht alle Teilnehmer_innen wussten im Vorhinein, dass die Kundgebung lediglich ein Vorwand war – das eigentliche Ziel war die Besetzung des Festsaals der TU, ein Vorhaben, das schließlich Erfolg hatte, wenn auch unter unerwartet erschwerenden Voraussetzungen.

Der Plan, den Prestigeraum zu stürmen, verbreitete sich durch Mundpropaganda wie ein Lauffeuer, auch die Anspielung auf #unibrennt war unübersehbar und sorgte schon im Vorhinein für Gerüchte. So hatten auch die Sicherheitskräfte der TU bereits etwas geahnt und standen positioniert vor den Türen des Festsaals, in dem kurz zuvor eine Veranstaltung des Wissenschaftsfonds zu Ende gegangen war. Schnell füllten sich der Gang und das Stiegenhaus vor den Eingängen mit Protestierenden, die mit Sprechchören Einlass in den bewachten Saal verlangten. Als die Securitys sich schließlich mit aller Wucht gegen die Türe warfen, um einen Catering-Mitarbeiter daran zu hindern, den Raum zu verlassen, kippte die Stimmung. Auf-

gebrachte Rufe, niemanden im Raum einzusperren, wurden laut und im Flur kam es zu einem Gedränge. Der Bewegung der Masse konnte niemand mehr etwas entgegenhalten. Die unmittelbar neben den zwei Sicherheitskräften stehenden Aktivist_innen erhoben zwar als Zeichen der Gewaltlosigkeit die Hände über den Kopf, wurden aber dennoch zusammen mit den beiden machtlosen Security-Mitarbeitern beiseite geschoben. Den Nachrückenden gelang es in Folge, die Türen zu öffnen und die ca. 100 Aktivist_innen strömten schließlich in den Festsaal.

Ein großes Banner mit dem Schriftzug „Besetzt die Unis – #wiederbrennen für freie Bildung“ wurde direkt am Balkon des Festsaals angebracht. Das Adrenalin und die Aufregung saßen vielen noch in den Gliedern, als schon die Sprecherin von Uns reicht's am Redner_innenpult das Wort ergriff, um die Anwesenden über die Absichten und das geplante Vorgehen während der Besetzung aufzuklären. Ein erstes Plenum wurde einberufen, bei dem beschlossen wurde, dass der Saal solange besetzt bleiben würde, bis Vertreter_innen der Koalitionsverhandlung zu Bildung, Wissenschaft und Forschung sich bereit erklärten, mit den Studierenden in Dialog zu treten. Anschließend begaben sich die Besetzer_innen in verschiedene Arbeitsgruppen, um z.B. an den Forderungen, der externen Kommunikation oder der Versorgung im Festsaal zu arbeiten. Dies sollte sich als schwieriger erweisen als gedacht, da bereits wenige Minuten nach der Besetzung die Polizei vor Ort war, um zusammen mit dem Sicherheitsdienst den Raum abzuriegeln. Es wurde niemand mehr rein oder raus gelassen und damit auch die Möglichkeit der Lebensmittelversorgung unterbunden. Später wurde ein System



Foto: Sebastian Lutz

mit Garderobenzetteln eingeführt, das den Besetzer_innen zwar die Möglichkeit gab, auf die Toilette zu gehen und wieder in den Saal zurück zu kehren, die prekäre Versorgungslage aber dennoch bestehen ließ.

Unter den Anwesenden befanden sich unter anderem auch Vertreter_innen verschiedener ÖH-Fraktionen und anderer studentischer Organisationen, der Donnerstagsdemo oder der Klimabewegung. Es war ein ziemlich bunter Haufen zusammengekommen und dennoch waren ein echtes Gemeinschaftsgefühl und Zusammenhalt zu spüren. So wurde schnell arrangiert, dass Garderobenzettel an solidarische Studierende weitergegeben wurden, um diese auch in den Raum zu schleusen. Immer wieder wurden auch Speisen und Getränke in den Saal geschmuggelt und dort miteinander geteilt. Auf dem Vorplatz der TU fanden sich gegen Abend solidarische Protestierende ein und wurden vom Balkon aus per Megafon von den Besetzer_innen angefeuert.

Das Rektorat weigerte sich, direkt mit dem Uns reicht's-Plenum zu verhandeln, und ließ nur eine Delegation von drei

Vertreter_innen in Begleitung mehrerer Polizeibeamt_innen zu Wort kommen. Verschiedene als zu schwach empfundene Angebote des Rektorats wurden daraufhin vom Plenum abgelehnt. Als die Anspannung vor der erwarteten Räumung stieg, wurde ein spontanes Aktionstraining abgehalten, um die Sicherheit der Aktivist_innen zu gewährleisten und sie auf mögliche Szenarien vorzubereiten.

DIE RÄUMUNG UND DAS NACHSPIEL. Die Befürchtung einer langanhaltenden Besetzung á la #unibrennt stand Security und Rektorat ins Gesicht geschrieben. Seit der erfolgreichen studentischen Raumnahme im Audimax vor zehn Jahren hat sich die politische Atmosphäre in Österreich allerdings geändert und die Bedrohung polizeilicher Repression ist gestiegen. Die vielbeklagte Politikverdrossenheit unter Studierenden scheint wieder Realität geworden zu sein, politischer Aktivismus zur bedauernden Seltenheit. Anders als bei #unibrennt wurden die Besetzer_innen nicht geduldet, sondern noch am selben Abend polizeilich geräumt. Dabei kam es zu einem Großeinsatz, bei dem alle sich noch im Gebäude befindlichen Student*innen die Technische Universität

verlassen mussten und sämtliche Eingänge von außen versperrt wurden. Dieses Vorgehen steht im krassen Widerspruch zur Aussage einer Sprecherin der TU, die dem *STANDARD* gegenüber verlauten ließ, dass Universitäten Orte der freien Meinungsäußerung seien und sogar die Besetzung als gewählte Protestform für legitim erklärte. Wenn eine Uni ihre eigenen Studierenden von je zwei Polizist_innen zur Tür hinaus tragen lässt, bis sich nur mehr Uniformierte im Haus befinden, ergibt dies ein einprägsames Bild, das so auch von den Medien rezipiert wurde. Den Protestierenden half auch nicht mehr, dass sie währenddessen „Power to the People“ sangen.

DIE FORDERUNGEN DER „UNS REICHT'S“-AKTIVIST_INNEN SIND BEINAHE DECKUNGSGLEICH MIT DENEN VON #UNIBRENNEN. Zehn Jahre nach der zweimonatigen Besetzung des Audimax der Universität Wien hat sich kaum etwas getan. Dabei bestand die Hoffnung mit der ehemaligen #unibrennt-Aktivistin Sigrig Maurer in den Koalitionsverhandlungen für Bildung, Wissenschaft, und Forschung eine echte Chance auf Verankerung der Forderungen im neuen Bildungspaket zu haben. Doch

obwohl Sigi auf die Protestaktion und einen Besuch der Aktivist_innen im Nationalrat reagierte und sich sogar mit einem Presseteam von Uns Reicht's zu einem Gespräch traf, konnte sie die Forderungen lediglich gutheißen, aber nicht umsetzen. Die Klimapolitik sei aktuell wichtiger als die Abschaffung von Studiengebühren und diese somit kein Ausschlusskriterium für eine Koalition, sagte sie den Studierenden. Diese Aussage wird durch das mittlerweile veröffentlichte schwarz-grüne Regierungsprogramm bestätigt. Statt einer Abschaffung werden die Studiengebühren an die Inflation angepasst und Zugangsbeschränkungen verschärft, die soziale Selektion an den Hochschulen wird somit weiter verstärkt.

Die frisch gebackene Regierung schafft es also nicht, den Studierenden entgegenzukommen – und kann dafür sicher noch mit Gegenwind rechnen. Mit dem Anbringen von Bannern an verschiedenen Wiener Unis kündigte „Uns Reicht's“ bereits weitere Aktionen an: „Wir kommen wieder!“

Natalie Bühl studiert Umweltingenieurwesen und Komparatistik in Wien.



Es bewegt sich doch – oder nicht?

Über die politische Situation von LGBTQIA*-Personen unter der neuen türkis-grünen Regierung

In unserem Queer-Referat-Artikel der letzten *progress*-Ausgabe (nachzulesen unter <https://www.progress-online.at/artikel/queer-der-hochschule>) sind wir darauf eingegangen, dass Männer, die Sex mit Männern haben, in Österreich nicht Blutspenden dürfen. Seit September 2019 gilt allerdings eine Wartezeit von zwölf Monaten, innerhalb derer kein gleichgeschlechtlicher Sex praktiziert werden darf, um zur Blutspende zugelassen zu werden. Diese Abstinenzregel gilt ebenso in der Schweiz und in Deutschland, während Großbritannien die Wartezeit 2017 auf drei Monate gesenkt hat. Frankreich zieht 2020 nach und verkürzt die Dauer, für die nach gleichgeschlechtlichem Verkehr unter Männern kein Blut gespendet werden darf, auf vier Monate. Italien, Spanien, Portugal, Bulgarien, Lettland und Polen arbeiten bereits mit einer Risikoabschätzung, die unabhängig vom eigenen und dem Geschlecht der Sexualpartner*innen funktioniert.

Am 09.12.2019 haben die NEOS einen Antrag auf eine weitere Änderung der Blutspendeverordnung eingebracht: Es soll in Zukunft ebenso nach Risikoverhalten und nicht nach sexueller Orientierung gefragt werden, um Diskriminierung weiter einzuschränken. Derzeit liegt der Antrag beim Gesundheitsausschuss, der Status kann auf <http://parlament.gv.at> abgefragt werden.

DRITTES GESCHLECHT AN HOCHSCHULEN. Da politisches Engagement zu den Aufgaben der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler*innenschaft und damit auch des Queer-Referats gehört, haben wir uns damit beschäftigt, welchen Beitrag wir leisten können, um die Situation für transgener, intergeschlechtliche und nicht-binäre Studierende in Österreich zu verbessern. Aus diesem Grund haben wir mit Unterstützung aus dem LGBTQ*-Referat der HTU Wien einen Antrag in der zweiten ordentlichen Sitzung der Bundesvertretung eingebracht.

Das Vorsitzteam soll Hochschulen österreichweit dazu auffordern, korrekte Geschlechtszuschreibungen für

Studierende zu ermöglichen. Neben dem Vornamen sollen auch die Anredeform und der Geschlechtseintrag unabhängig von einer amtlichen Änderung oder eines medizinischen Gutachtens möglich sein. Damit soll einerseits die Zeit überbrückt werden, in der trans Studierende noch keine neuen Dokumente besitzen und andererseits die Zeitspanne, bis die Geschlechtseintragung „divers“ oder „inter“ wirksam wird.

Aufgrund einer Weisung des damaligen Innenministers Herbert Kickl (FPÖ) ist ein „einschlägiges medizinisches Gutachten“ durch „interdisziplinäre und multiprofessionelle medizinische Expertengruppen“, sogenannte Boards, nötig, um die Eintragung „divers“ zu erhalten. Solche Boards existieren allerdings nicht und was als Gutachten vor Standesämtern gilt, ist unklar.

Laut LGBTQIA*-Sprecherin Ewa Ernst-Dziedzic (Die Grünen) sei allerdings festgeschrieben worden, dass das Urteil des Verfassungsgerichtshofs, mit dem der dritte Geschlechtseintrag zugelassen wurde, voll umgesetzt werden muss, was bedeutet, dass die Weisung Kickls außer Kraft gesetzt wird.

Auch nicht-binäre Studierende sollen von Maßnahmen profitieren, die im Hochschulalltag Entlastung durch Vermeidung von falschen Anreden und Zuschreibungen bringen.

TÜRKIS-GRÜNE REGIERUNG: HOFFNUNG UND ENTÄUSCHUNG. Das 300-seitige Regierungsprogramm hat viele Hoffnungen auf starken grünen Einfluss zunichte gemacht. Kernthemen grüner Politik in Bezug auf die Rechte von LGBTQIA*-Personen konnten nicht durchgesetzt werden. So sind große Kritikpunkte des Rechtskomitees Lambda und der HOSI (Homosexuelle Initiative) Salzburg, dass sowohl der lange geforderte Diskriminierungsschutz aufgrund sexueller Orientierung auch außerhalb des Arbeitsplatzes und die unabhängige Rechtsberatung für Geflüchtete nicht durchgesetzt beziehungsweise

nicht beibehalten wurden. Es gibt keine Pläne, Genitalverstümmelung durch geschlechtsbestimmende Operationen an intergeschlechtlichen Kindern oder Konversionstherapien von Minderjährigen zu verbieten oder ein freies Namensrecht für trans Personen einzurichten. Auch das Aufheben von Verurteilungen homosexueller Personen durch frühere Strafgesetze und die statistische Erfassung homophober Hassdelikte sind im Regierungsprogramm kein Thema. Gegen die Verfolgung Homosexueller in anderen Ländern und gegen Homophobie im Sport will die Regierung allerdings eintreten.

WAS BEDEUTET EIN FEHLENDER DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ? Die Mehrheit der europäischen Staaten verbieten Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung auch außerhalb des Arbeitsplatzes. In Österreich aber dürfen Menschen Leistungen wegen ihrer sexuellen Orientierung folgenlos verwehrt werden. Von Restaurantbesuchen bis hin zum Mietvertrag dürfen Betreiber*innen oder Wohnungsanbieter*innen Menschen ablehnen, deren sexuelle Orientierung ihnen missfällt. Das bundesweit geltende Gleichbehandlungsgesetz sieht Sanktionen nur dann vor, wenn Diskriminierung aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit, Behinderung oder ethnischer Zugehörigkeit passiert. Bisher wurden zwei Anläufe unternommen, die Schutzniveaus verschiedener Gruppen anzugleichen, dieses Levelling-Up scheiterte jedoch an der ÖVP.

Genderstern: Wir gendern mit dem Genderstern (Betreiber*innen statt Betreiberinnen und Betreiber). Hinter manchen Wörtern befindet sich ein Stern (Frau*, männlich*, inter*, trans*). Er steht für alle Personen, die sich mit dem jeweiligen Begriff identifizieren und dient dazu, die Diversität innerhalb der Gruppen sichtbar zu machen.

Sarah S. Schindlbacher studiert Molekularbiologie und arbeitet im Queer-Referat der ÖH-Bundesvertretung.

Positiv Studieren

Es gibt HIV-positive Menschen und Menschen die studieren - die Schnittmenge dieser zwei fällt im Diskurs aber meistens raus. Ein Bericht über Leben und Studieren am Rande der Tabuisierung.

„ICH VERSTEHE GAR NICHT, WIE DU BIS JETZT IN DEM ZUSTAND STUDIEREN KONNTEST“. Dieser Satz vom Arzt beschäftigte Michael*, als er die Ordination verließ. Plötzlich machte alles Sinn - Michael war Student und im vierzehnten Semester. Lange Zeit hatte er gedacht, dass er schlichtwegs die geistige Kapazität für ein Studium nicht besäße. Seine Kommiliton_innen, mit denen er angefangen hatte zu studieren, waren mit ihrem Studium längst fertig. Michael litt unter Konzentrationsschwäche und Müdigkeit. Üblicherweise konnte er Vorlesungen nicht folgen und sich nicht auf Prüfungen vorbereiten.

Doch dann war klar warum – er erhielt die Diagnose HIV-positiv. Dabei war der 27-Jährige am Anfang seines Studiums sehr erfolgreich. Jede Prüfung bestand er mit ausgezeichneten Noten. Später verschlechterten sich seine Leistungen und er fiel öfters durch. Irgendwann traute er sich nicht, mehr als drei Vorlesungen pro Semester zu belegen, normal sind bei seinem Curriculum sechs.

Michael hat sich mit dem Virus im Laufe seiner Studienzzeit vermutlich durch ungeschützten Geschlechtsverkehr angesteckt. Er meint selbst, „Ich war dumm, ich hatte Sex ohne Kondom“.

Sex war für ihn ein Tabuthema, da Michael homosexuell und nicht geoutet ist. Weder mit seiner Familie noch mit Freund_innen konnte er über seine Sexualität reden. Dieses Schweigen führte dazu, dass er sich einsam fühlte und Zuneigung bei anonymen One-Night-Stands fand. Im Nachhinein ist ihm klar: „ich hatte Angst davor, nicht akzeptiert zu werden und entwickelte Minderwertigkeitskomplexe“.

Obwohl er selbst spürte, dass irgendwas mit ihm nicht stimmte, wollte er sich nicht auf Geschlechtskrankheiten testen lassen. „Aus Scham ging ich nicht zum Arzt“. Schließlich erfuhr der Student durch einen Bluttest seinen



Foto: Iris Strasser

Status. „Es war furchtbar, die Ärztin sagte mir, dass ich HIV-positiv bin, verwies mich an einen Facharzt und gab mir nur paar Broschüren mit. Mit dem Schmerz, der auf diese Nachricht folgte, musste ich alleine klarkommen. Ich hätte mir psychologische Unterstützung gewünscht“.

Kurz darauf fing er mit der Behandlung an. Jeden Morgen und jeden Abend musste er eine Pille nehmen, die den Ausbruch von AIDS bekämpfen soll. Doch die Pillen hatten starke Nebenwirkungen, jeden Morgen musste er sich übergeben und bekam Wunden im Mund. Also erhielt er andere Tabletten, deren Nebenwirkungen nicht so heftig waren. Tatsächlich musste er in der Anfangsphase seiner Behandlung alle zwei Wochen zur medizinischen Kontrolle. Später wurden diese Kontrolltermine weniger.

MITTLERWEILE IST HIV KEIN TODESURTEIL MEHR, Medikamente hemmen die Ausbreitung der Viren im Körper. Mit der richtigen Behandlung kann das Virus so weit unterdrückt werden, dass gängige Testmethoden den HI-Virus im Blut nicht nachweisen. Allerdings kann der Erreger nicht ganz

eliminiert werden. Einige der Viren verstecken sich im Knochenmark, in Immunzellen oder im Gehirn. Damit Michael unter dieser Nachweisgrenze bleibt, muss er die zum heutigen Stand der HIV-Forschung verfügbaren Medikamente ständig zu sich nehmen. „Ich nehme die Medikamente natürlich jeden Tag ein, denn so kann AIDS nicht ausbrechen und ich kann andere nicht anstecken“. Solange er die Behandlung fortführt, besteht für seine Mitmenschen keine Ansteckungsgefahr. Der gemeinnützige Verein AIDS Hilfe Wien verdeutlicht: „Im Alltag kann HIV nicht übertragen werden. Eine wirksame Therapie unterdrückt HIV im Körper (bis unter die Nachweisgrenze). So können HIV-positive Menschen das Virus – auch beim Sex – nicht weitergeben.“

Nichtsdestotrotz sind Menschen mit dem HIV-Erreger stark stigmatisiert. Als Michael irgendwann den Mut hatte, sich seinen besten Freund_innen gegenüber zu öffnen, fielen die Reaktionen sehr unterschiedlich aus. Hauptsächlich erfuhr er Mitgefühl und Unterstützung, doch eine Freundin distanzierte sich tatsächlich und wurde vorwurfsvoll. „Sie fragte mich, wie ich nur so dumm sein konnte und behauptete sogar, dass ich

nicht begraben werden kann, sondern verbrannt werden muss“.

Die Gemütslage von Betroffenen ist häufig sehr schlecht, sie verfallen oft in Depressionen und können suizidgefährdet werden. Die Tatsache, dass das Thema HIV üblicherweise totgeschwiegen wird, führt zu einer verstärkten Trauer. Michael haben die stundenlangen Gespräche mit Freund_innen und Expert_innen sehr viel geholfen. „Durch die Unterhaltungen mit meinem Therapeuten oder mit Freund_innen konnte ich meine Situation verarbeiten“.

Michael hat auch schon die psychologische Studierendenberatung der Universität Wien in Anspruch genommen. Allerdings kannten sich die Berater_innen mit dem Thema überhaupt nicht aus und konnten ihm keine konkrete Hilfeleistung bieten. Der Student hätte sich von der Universität mehr Unterstützung gewünscht.

Um Jugendliche auf die Risiken von ungeschütztem Geschlechtsverkehr vorzubereiten, bietet die AIDS Hilfe Jugendpräventionsarbeit an, bei der sie Jugendliche über Ansteckungsgefahren informiert. Frenky Varga von der AIDS Hilfe Stuttgart beteuert die Wirkung bei Jugendlichen: „Man merkt, dass viele sich der Risiken von ungeschütztem Geschlechtsverkehr nicht bewusst sind, weil beispielsweise im Elternhaus nicht darüber geredet wurde“.

Ganz wichtig ist es, das gesellschaftliche Stigma gegen HIV-positive Menschen aufzubrechen, und Personen mit HIV nicht auszugrenzen. Für ein größeres Verständnis sind Debatten und Diskurse vonnöten, die HIV-Belange behandeln. Veranstaltungen an der Universität, die die Thematik aufgreifen, können für ein geschärftes Bewusstsein sorgen.

Atahan Demirel, Internationale Betriebswirtschaftslehre an der Universität Wien.

* Name von der Redaktion geändert.



„Ja“ oder nur kein „Nein“ - die österreichische Lösung

Warum erst jetzt über die Fragilität junger Sexualität diskutiert wird und warum man den Begriff „sexual consent“ vor der Quarterlife Crisis kennen sollte.

Die Erlebnisse der Schulzeit prägen einen Menschen das ganze Leben lang. Auch im Sexualkundeunterricht vermittelte Werte und Praktiken bleiben in den Köpfen der Schüler_innen verankert. Wieso kümmert es also erst seit den Teenstar-Leaks jemanden, mit welchen Folgen Jugendliche nach unzureichender Aufklärung zu kämpfen haben?

Im November 2018 veröffentlichte die Wochenzeitung der *Falter* die Teenstar-Leaks. Der fundamentalchristliche Sexualpädagogik-Verein deklarierte unter anderem Homosexualität als heilbar und Masturbation zur Sünde. Nach großem medialem Aufschrei verbannnte Bildungsminister Faßmann unter Kurz I Teenstar aus den Schulen Österreichs. Kurz II verkündet im Regierungsprogramm nun, einen Fokus auf „geschlechtersensible Mädchen- und Burschenarbeit“ zu legen. Mit dem Ziel „Kinder und Jugendliche aus patriarchalen Milieus zu stärken und ihre Selbstbestimmung zu fördern“. Soweit, so gut. Einen konkreten Plan, wie mittels Akkreditierungsverfahren „weltanschaulich neutraler und wissenschaftsbasierter“ Unterricht gewährleistet werden kann, gibt es nicht.

EHE FÜR ALLE? „Gute Sexualerziehung sollte jungen Menschen helfen, den Wunsch nach Liebe, Ehe und Familie im eigenen Leben umzusetzen“, lautet die Vision der Website sexualerziehung.at, welche Lernmaterialien bereitstellt und ein Partner von Teenstar zu sein scheint. Die dreiste Vermittlung dessen, dass die heterosexuelle Ehe das Hauptziel einer jeden Person sein muss, drängt gleichgeschlechtliche Paare aus der gesellschaftlichen Norm. Dies wiederum vermittelt Kindern erstmals, alles außer Heterosexualität sei abnormal. „Die Ansicht, dass Homosexualität eine Identitätsstörung ist, die geheilt werden kann, war schon in den 1990er-Jahren veraltet“, sagt Paul Haller, Geschäftsführer der Hosi (Homosexuelle Initiative) Salzburg. Wie realitätsnah kann ein cis Mann über

hormonelle Veränderung und Gefühlslage während einer Geburt berichten? Und wie authentisch kann eine streng konservative und religiöse Person in einer heterosexuell-monogamen Beziehung über LGBTQIA+ erzählen? Richtig: Gar nicht. Dementsprechend sinnvoll wäre es, LGBTQIA+ Personen selbst über verschiedene Sexualitäten sprechen zu lassen, um queeren Schüler_innen Wissen und ein Gefühl der Akzeptanz zu vermitteln.

„JA“ ODER NUR KEIN „NEIN“ - DIE ÖSTERREICHISCHE LÖSUNG Was ich im Sexualkundeunterricht – den ich im Übrigen nie hatte – gerne vermittelt bekommen hätte? Was sexueller Konsens ist und wie man Konsens früher umsetzt, als mit Anfang 20 inmitten der ersten depressiven Lebenskrise, und wie ich das eingetrichterte höflich und brav sein im Alltag von meinem Sexleben trennen kann. Digitale Abhilfe in diesen Fragen bringt die Instagram-Blase von Stanić, Berger und Kompanie. Die Vice-Chefreporterin Alexandra Stanić veröffentlichte in der ersten Jännerwoche einen Artikel mit dem Titel „Heimlich das Kondom abgezogen: Betroffene erzählen von Stealthing“. Christian Berger, Sprecher vom Frauenvolksbegehren, schaffte basierend auf ebendiesem Sammelwerk an Erlebnissen eine vorübergehende Plattform für Betroffene und veröffentlichte weitere Geschichten seiner Follower_innen. Mit diesen Arbeiten schaffen Journalist_innen ein Stück weit Bewusstsein, doch ein Gesetz, das sexuelles Einverständnis beinhaltet, bleibt vorerst trotzdem aus. In Österreich, Deutschland und der Schweiz gibt es im Strafgesetzbuch keinen Paragraphen, der einen Tatbestand nach ursprünglich einvernehmlichem Sex behandelt. Allerdings gibt es bereits rechtskräftige Fälle, in denen die Täter_innen der Schändung bezichtigt wurden. Über Umwege und mit viel Beharrlichkeit und Mut besteht für Betroffene die Chance, einen Prozess zu gewinnen. Diese Umwege gehören

schleunigst gekürzt. Die Devise in Schweden lautet bereits: „Nur Ja heißt Ja!“.

„NIEMAND KANN EINE VULVA BESCHREIBEN“ „Es herrscht Vulvenaufklärungsbedarf“, titelt der *Falter* das Interview mit Schauspielerin und Autorin Grischka Voss. Diese erläutert weiters: „Jedes Kind weiß, wie ein Penis aussieht, aber niemand kann eine Vulva genau beschreiben“, und damit hat sie erschreckenderweise mehr als Recht. Auch Parlamentsabgeordnete Stephanie Cox sah es als ihre Pflicht ihren Mitabgeordneten den Teil der Klitoris zu erläutern, welcher von außen nicht sichtbar ist, allerdings 95% des Organs ausmacht und sich in der Vagina befindet. Die Reaktion der männlichen Abgeordneten bestätigte Unwissen und Scham. Eine umfassende Aufklärung der Männer über die weibliche Anatomie würde Situationen wie zum Beispiel die gemeinsame Entscheidung über die Einnahme der Pille (danach) oder die Verwendung eines Präservativs vereinfachen. Dieses Unwissen rührt aus Situationen wie sie zum Beispiel die Studentin Theresa in der Schule erlebt hat: „Bei uns wurden die Burschen zum Fußball spielen rausgeschickt und die Mädchen im kleinen Kreis aufgeklärt, das hatte dann eher den Charakter einer Bestrafung“. Denn genauso wenig wie alle cis Männer wissen, wo und wie sie die Klitoris stimulieren können, wissen alle, was der Eisprung ist, geschweige denn bewirkt. Für unser aller Wohl sollten wir beide Fragen dringend klären.

Die Aufklärung ganzer Schulklassen von der Expertise einer einzigen Lehrkraft und Lerneinheit abhängig zu machen ist zu alledem äußerst risikoreich, also warum nicht ein weiteres Thema aus der Tabu-Kiste locken und öfter über unsere Sexualität sprechen?

Iris Strasser studiert Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.

WISSENSCHAFT UND POLITIK





„Man muss den Machismus aus der Gesellschaft verbannen“

„Begriffe wie ‚Eifersuchtsmord‘ sind längst überholt“, sagt Tania Sordo Ruz, Juristin und Expertin für machistische Gewalt und Femizide in Spanien, im *progress*-Interview.

progress: Spaniens Gesetz gegen machistische Gewalt wird von anderen Staaten als Vorbild betrachtet. Worin liegen seine Stärken und Schwächen?

Tania Sordo Ruz: Die Ley Orgánica de Medidas de Protección Integral contra la Violencia de Género aus dem Jahr 2004 war eine wichtige Weichenstellung. Das Gesetz behandelt die Ursprünge, Hintergründe, Auslöser und Folgen dieser Gewalt. Nun wäre es an der Zeit, das Gesetz auf weitere Formen der machistischen Gewalt auszuweiten. Denn das Gesetz von 2004 behandelt nur Fälle aus dem nächsten Umfeld des Opfers, sprich wenn der (Ex-)Partner der Täter ist. In Fällen, wo die Täter dem Opfer unbekannt waren, gilt der Delikt z.B. nicht als machistische Gewalt. Auch die UNO hat Spanien schon ermahnt, den Gewaltbegriff im Gesetz auszuweiten. Man muss den Rahmen aktualisieren und anpassen. Auch in Bezug auf institutionelle Gewalt muss sich etwas ändern – es kann nicht sein, dass Überlebende von Gewalt die Justiz anrufen und anstelle von Unterstützung nur Demütigung erfahren oder beschuldigt werden, Übergriffe provoziert zu haben. Zudem muss in punkto Entschädigung der Opfer und der Überlebenden weit mehr getan werden. Dabei geht es nicht allein um Finanzielles, sondern auch um die Verurteilung machistischer Gewalttaten seitens der Politik und Institutionen sowie Präventionsarbeit.

Welche Rolle spielen die Medien in der Bewusstseinsbildung?

Es ist enorm wichtig, welche Botschaft in der Berichterstattung transmittiert wird. Begriffe wie „Eifersuchtsdelikt“, „Familiendrama“ oder „Mord aus Leidenschaft“ sollten längst nicht mehr verwendet werden, weil sie das strukturelle Element von Gewalt gegen Frauen verschleiern. In der medialen Berichterstattung geschieht es leider oft, dass den Betroffenen selbst Schuld oder Mitschuld zugeschoben wird, etwa

durch Berichte zum Verhalten oder Details aus dem Privatleben des Opfers, die für die Straftat irrelevant sind und keine Funktion haben, außer das Delikt zu rechtfertigen.

Die rechtsradikale Vox-Partei mit ihrem antifeministischen Diskurs erreicht Wählerschichten. Dabei sind die Ultrarechten nicht nur frauenfeindlich, sondern auch rassistisch.

Exakt, denn sexualisierte Delikte werden gerne Migranten in die Schuhe geschoben, dabei hat Gewalt gegen Frauen nur einen gemeinsamen Nenner: den Machismus, keinesfalls die Herkunft. Man muss den Machismus aus der Gesellschaft verbannen. All die Fake-News-Massen, die die extreme Rechte produziert, müssen wir mit Daten aktiv widerlegen. Viele Ideen der Vox-Partei sind darüber hinaus antidemokratisch, verfassungswidrig und sie wollen alles rückgängig machen, was wir in hartem Kampf erreicht haben. Das liegt auch an der mangelnden Aufarbeitung der Franco-Diktatur, die nun hoffentlich mit der Linkskoalition beginnen wird. Der Diskurs der Vox-Partei ist klar fernab der Realität. Die Debatte, die Vox schürt, ist längst überholt. Aber wir dürfen sie nicht unterschätzen. Gewalt hat immer eine Geschlechterperspektive und punktet. Wenn Vox dem widerspricht, normalisieren sie Gewalt gegen Frauen und das kann zu ihrem Ansteigen führen.

Fälle sexualisierter Gewalt und Vergewaltigungen haben kürzlich viel mediale Aufmerksamkeit erregt, Gerichtsurteile in Folge haben Massenproteste ausgelöst. Wie anfangs angesprochen muss auch sexualisierte Gewalt, die von Unbekannten ausgeht, in das Gesetz der Geschlechtergewalt aufgenommen werden. Das Strafgesetzbuch muss klarer zwischen sexualisierter Gewalt und Missbrauch unterscheiden. Mit einer Ge-

setzesänderung ist es aber nicht getan, die Mentalität der Richter_innen in solchen Fällen muss sich ebenso ändern. Sie müssen sich bewusst sein, wann Unterdrückungsverhältnisse, Dominanz und Ohnmacht oder ungleiche Machtverhältnisse bestehen. Die in der Justiz Beschäftigten müssen dahingehend auch in Genderperspektive geschult werden. Zudem gibt es in Spanien bisher kein Krisenzentrum für Überlebende von Vergewaltigungen, die „Rape Crisis Centers“, wie sie in den USA und England seit Jahrzehnten existieren. Opfer brauchen eine Anlaufstelle, an die sie sich wenden können, und spezialisierte Anwält_innen, die in Sachen sexualisierter Gewalt Expertise haben. Aber das Recht alleine kann nicht alle Probleme lösen, es braucht auch Bildung aus Genderperspektive.

Das Interview führte Jan Marot, er studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Wien und Zürich.

Zur Person:

Tania Sordo Ruz (1984 in Mexico-Stadt) ist Juristin spezialisiert auf Internationales Recht und Geschlechtergewalt. Sie lebt seit elf Jahren in Spanien, wo sie ihr Doktorat in Interdisziplinären Genderstudien abschloss. An der Madrider Universität Carlos III. forscht Sordo Ruz zu Geschlechtergewalt aus internationaler Perspektive. Zudem ist die Mexikanerin Anwältin und Autorin zahlreicher Studien über Geschlechtergewalt und Feminizide. Sie berät auch Institutionen, wie zuletzt die baskische Regionalregierung über die Neufassung ihres Gesetzes gegen die Geschlechtergewalt.*

@TaniaSordoRuz auf Twitter.

Junger Tenor aus dem Land der tausend Seen

Alter und Geschlecht spielten bei ihr nie eine Rolle. Jetzt ist die Finnin Sanna Marin jüngste Regierungschefin der Welt – ein Porträt.

Was die Lenkung eines Landes mit kritischen Fragen zu Alter und Geschlecht verbindet: mit beidem sieht sich Sanna Marin momentan konfrontiert. Die 34-Jährige ist seit ihrer Wahl zum neuen Regierungsoberhaupt Finnlands vergangenen Dezember die jüngste Ministerpräsidentin in der Geschichte des Landes. Dass weibliche Führungskräfte schon ewig und aus Prinzip für Schlagzeilen sorgen, ist leider der DNA unserer Gesellschaft geschuldet. Tadel seitens der Masse ist der Spitzenpolitikerin allerdings nicht unbekannt, wie ihre Vergangenheit zeigt.

AM 16. NOVEMBER 1985 IN HELSINKI GEBOREN, wuchs Sanna Marin nahe Tampere auf. Ihre alleinerziehende Mutter ging bald eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft ein. Die Tochter fühlte sich in ihren jungen Jahren „unsichtbar“, da sie nicht offen über ihre Regenbogenfamilie sprechen konnte. Heute sieht sie diese als prägend für ihre auch auf Gleichberechtigung zielende Arbeit und macht weiters keinen Hehl aus der damaligen Diskriminierung.

Marins steile Karriere startete mit dem Studium der Verwaltungswissenschaft an der staatlichen Universität – sie besuchte, wohlgermerkt, als erste in der Familie solch eine Einrichtung. Während der Ausbildung wählte man sie 2012 in den Stadtrat von Tampere, dessen Vorsitz sie noch vor ihrem Masterabschluss übernahm. Den anschließenden Vize-Parteivorsitz der Sozialdemokrat_innen verdankte die Studentin nicht zuletzt ihrer Zielstrebigkeit und Selbstsicherheit. Später erhielt sie einen Sitz als Parlamentsabgeordnete. Die Lokalzeitung von Tampere bezeichnete sie schon damals als „unkonventionell“, ihren Lebenslauf als „Kometenkarriere“ und mutmaßte über ihre Rolle als möglichen „Rettungsengel“ der bereits desolaten Sozialdemokratie.

Aber die junge Pionierin hat neben dem intensiven Werdegang und strammen Führungsstil auch ein Leben abseits der Politik. Sie lobt ihren Lebensgefährten Markus Rääkkönen, ein ehemaliger Fußballspieler, gerne dafür, dass er die Verantwortung für die 2018 geborene Tochter namens Emma zuhause in Tampere übernommen hat. Die Freizeit verbringt Marin am liebsten mit Familie und Freund_innen sowie in der



Illustration: Sarah Langoth

Natur – mitunter wohl auch bei einem der tausend Seen Finnlands. Sie hört gerne klassischen Hard-Rock, Funk und alten Hip-Hop, besonders angetan hat es ihr laut der Lokalzeitung „Tampereilain“ aber die US-Band „Rage Against the Machine“. Sie spricht Finnisch, Englisch sowie Schwedisch und nutzt alle Formen der sozialen Medien gekonnt. Auf die Frage, ob sie sich selbst als Vorbild sehe, antwortet die Karrierefrau aber gewohnt bescheiden: „Das mag ich für einige sein, aber ich glaube, dass es um die Themen und nicht mich als die Person hinter den Themen geht.“

Das harmonische Privatleben erleichterte Sanna Marin womöglich die bislang erfolgreiche Bewältigung der bisher schwierigsten Aufgabe ihrer Laufbahn. Die damalige Vizechefin der Sozialdemokratischen Partei übernahm letztes Jahr die Ministerpräsidentenschaft des nach einer Regierungskrise zurückgetretenen Antti Rinne. Schon zuvor hatte sie ihre Führungsqualitäten bei den Parlamentswahlen im April bewiesen, als sie den erkrankten Rinne im Wahlkampffinale vertrat und erfolgreich ins Amt führte. In seinem Kabinett fungierte Marin als Verkehrs- und Kommunikationsministerin. Kritik, dass sie nur „Rinnes Mädels“ sei, vernichtet sie in Interviews kühn mit den Worten: „Wer mich kennt, weiß, dass ich nicht von außen zu lenken bin“. Die Politikerin gilt linker als Parteifreund_innen und

setzt den Schwerpunkt auf Geschlechtergleichheit sowie weltweite Solidarität. Zudem sei die Klimaveränderung die größte Herausforderung unserer Zeit.

Seit der Amtsübernahme führt die junge Landesmutter auch die Mitte-Links-Regierung in Finnland an. Alle Chefs der fünf Koalitionsparteien sind nunmehr weiblich, vier davon noch keine 40 Jahre alt – Marin ist stolz, dass Alter und Geschlecht in Finnland nicht zählen. Terhi Heinilä, Generalsekretärin des Nationalrats, begründet die aktuelle Frauenquote in der Führungsriege damit, dass die heutige Generation der Spitzenpolitikerinnen im Kindesalter war, als die erste Frau Staatspräsidentin wurde: Sie sahen die Erfolgsmöglichkeiten von Frauen in der Politik.

GLEICHBERECHTIGUNG IST ABER SELBST IN FINNLAND NOCH NICHT USUS, was primär den Rechtspopulist_innen angelastet wird, lässt deren Rhetorik doch die Frauenfeindlichkeit im Land ansteigen. Aber Sanna Marin wird sich in ihrer Amtszeit nicht nur diesem Problem öfter stellen müssen, kriselt es doch auch in den eigenen Reihen in puncto Umfragergebnisse und Durchschnittswahlalter der Sozialdemokrat_innen. Eine weitere Herkulesaufgabe der Politikerin: die Forderungen ihrer Generation vertreten und zugleich zeigen, dass sie auch Ministerpräsidentin der Älteren ist. Trotz vielen bevorstehenden Hürden steht die junge ChefIn aber erst am Anfang und kann schon ein durchaus positives Zwischenfazit ziehen. Die EU-Ratspräsidentenschaft, eine ihrer ersten Herausforderungen, hat sie erfolgreich abgegeben. Mehr als 30 Prozent begrüßen sie als Nachfolgerin und der Generationenwechsel gemixt mit klassisch linker Politik könnte die Wähler_innenflucht stoppen. Obendrein ebnete sich Marin den Weg zu mehr Handlungsspielraum mit ihrem Aufstieg zur jüngsten Regierungschefin der Welt de facto selbst. Gelingen konnte das freilich mit Sanna Marins Erfolgsrezept, das sie Zeitungen gegenüber verrät: „Ich habe nie über mein Alter oder Geschlecht nachgedacht. Ich denke an die Gründe, die mich in die Politik gebracht haben.“

Martin Rauter studiert Politik-, Kommunikationswissenschaft und Publizistik an der Universität Wien.

Haben wir ein Recht auf eine intakte Umwelt?

In einigen Regionen der Erde leben Menschen unter Umweltbedingungen, die der Menschenwürde eindeutig nicht entsprechen. In keinem derzeit existierenden Menschenrechtsdokument finden wir ein ausdrückliches „Recht auf Umweltschutz“, auf das wir uns vor internationalen Gerichten berufen könnten.

In Zeiten von „Fridays for Future“ fragen wir uns, was wir gegen Klimawandel und Umweltzerstörung unternehmen können. Eine saubere Umwelt ist Voraussetzung für fundamentale Menschenrechte, wie etwa das Recht auf Leben, auf Gesundheit, Ernährung, Wasser und Hygiene, auf ein menschenwürdiges Umfeld. Ein Umdenken, wie wir Menschen mit den Ressourcen der Erde umgehen, muss stattfinden – soweit ist sich die Zivilgesellschaft in vielen Teilen der Welt mittlerweile einig. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen präsentierte den New Green Deal für die EU, in dem sie bis zum Jahr 2050 vollständig klimaneutrales Null-Emissions-Wirtschaften für die EU vorsieht. Das Klimaziel für 2030 soll im Vergleich zum Jahr 1990 eine Emissionsminderung von 55 Prozent betragen. Sie kündigte ein Gesetzespaket in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit an.

Bisher reagierten Politik und Wirtschaft nur langsam auf bereits erklärte Klimaziele. Internationale Gremien einigen sich meist nur auf „freiwillige“ Übereinkommen, die rechtlich jedoch nicht durchsetzbar sind. Dabei geht der Schutz der Umwelt doch alle Menschen dieser Erde an. Kann es sein, dass wir kein Recht auf den Schutz unserer elementarsten Lebensgrundlage haben?

DAS UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN (UNEP) wurde mit der UN-Resolution 27/2997 im Jahre 1972 in Stockholm ins Leben gerufen im Konsens, dass die Umwelt für die Ausübung wichtiger Menschenrechte essenziell sei und daher ein Anliegen der UN darstelle. In Rio de Janeiro verabschiedete die UNO 1992 die (unverbindliche) Deklaration „das Recht auf ein gesundes und

produktives Leben im Einklang mit der Natur“ anzuerkennen. Weder aus der Stockholm-Erklärung noch aus der Rio-Deklaration sind aber rechtliche Ansprüche ableitbar.

AUF UNIVERSELLER EBENE. Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es in globalen Menschenrechtspakten kein Recht auf eine saubere Umwelt. John H. Knox, der Sonderberichterstatter der UN für Menschenrechte und Umweltfragen, führt dies in seinem Werk „The Human Right to a Healthy Environment“ darauf zurück, dass die moderne Umweltbewegung erst in den späten 1960er-Jahren entstand, ein Jahrzehnt nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

AUF REGIONALER EBENE. Ansatzweise besteht das Recht auf eine gesunde Umwelt in regionalen Pakten, beispielsweise in Art. 24 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker 1981 und in Art. 11 Zusatzprotokoll von San Salvador zum Amerikanischen Übereinkommen über Menschenrechte.

Eine Gruppe Inuit reichte 2006 bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) eine Petition ein, in der sie behaupteten, durch das Abschmelzen der Antarktis infolge der Klimaerwärmung durch verfehlte Klimapolitik der USA in ihren durch die amerikanische Erklärung geschützten Menschenrechten verletzt zu sein. Sie verlangten von den USA verbindliche Begrenzungen ihrer Treibhausgasemissionen. Die IACHR lehnte die Petition jedoch ab. Die Aktivist_innen hätten „derzeit“ nicht genügend Informationen zur Verfügung gestellt, um die behauptete Verletzung glaubhaft darstellen zu können.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat, obwohl das Wort „Umwelt“ in der Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht erwähnt wird, eine Rechtsprechung gestützt auf andere Menschenrechte entwickelt, die dem Umweltschutz dient.

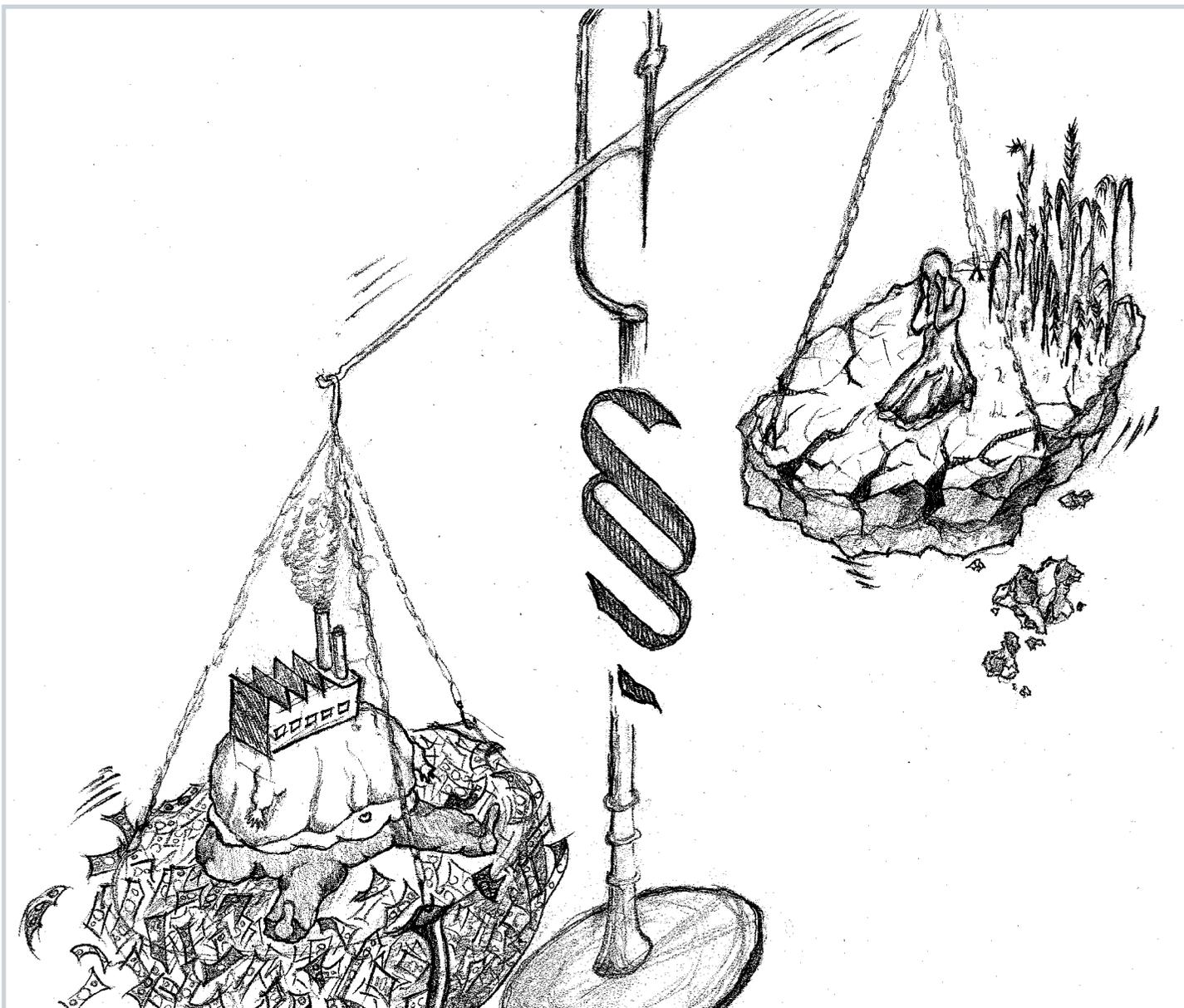
DIE POSITIVE SCHUTZPFLICHT IN DER EMRK. In der umfassenden Auslegung bestehender Rechte, wie dem Recht auf Leben (Artikel 2 EMRK), dem Recht auf Privat- und Familienleben (Artikel 8 EMRK), auf Eigentum, auf ein faires Verfahren und auf Meinungsfreiheit, nahm der EGMR in den letzten Jahrzehnten wiederholt in seinen Urteilen auf ein Recht auf eine gesunde Umwelt Bezug. Der Gerichtshof hat den Staaten nicht nur die Pflicht auferlegt, nicht in die Menschenrechte Einzelner einzugreifen, sondern auch die sogenannte „Doktrin der positiven Verpflichtung“ ausgearbeitet, wonach Staaten die Menschenrechte aktiv in Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung sowie vor Eingriffen durch Dritte schützen müssen. Somit kann ein Staat Verstöße gegen die EMRK-Bestimmungen begehen, wenn er nicht in der Lage ist, durch sein Strafrechtssystem Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Kann ein Staat auch für die Verletzung eines Menschenrechtes zur Verantwortung gezogen werden, wenn er seine Umweltstandards nicht einhält?

RECHT AUF LEBEN. Aus dem Bericht der European Union Action to Fight Environmental Crime (EFFACE) 2015 geht hervor, dass Artikel 2 im Umweltbereich angewendet wurde, wenn umweltgefährdende Aktivitäten das Leben von Menschen gefährdeten.

In Fällen, in denen von staatlichen oder privaten Unternehmen gefährliche Tätigkeiten wie Atomtests, Betrieb von Chemiefabriken mit toxischen Emissionen oder Abfallsammelstellen durchgeführt werden, hängt der Umfang der positiven Verpflichtungen aus Artikel 2 von der Schädlichkeit der Tätigkeiten und der Vorhersehbarkeit der Lebensgefahren ab. Ein Staat, der keinen ausreichenden rechtlichen Rahmen schafft, kann gegen seine positive Schutzpflicht aus dem Recht auf Leben verstoßen.

RECHT AUF PRIVAT- UND FAMILIENLEBEN. „Weder Artikel 8 noch einer der anderen Artikel des Übereinkommens sind speziell dazu bestimmt, den allgemeinen Schutz der Umwelt als solchen zu gewährleisten. [...] «, entschied der EGMR, doch er bejahte, dass das Recht auf Privat- und Familienleben in Einzelfällen verletzt wird, wenn sich Umweltfaktoren direkt und ernsthaft auf die Lebens- und Wohnsituation auswirken. Der Gerichtshof muss also anhand aller Umstände des Einzelfalls, der Intensität und Dauer der Störung, der physischen oder psychischen Auswirkungen feststellen, ob die Schädigung die für eine Verletzung relevante Schadensschwelle erreicht.

Im Fall López-Ostra gegen Spanien 1994 stellte der EGMR erstmals fest, dass der Lärm und Gestank einer Kläranlage das in Art 8 EMRK geschützte Privat- und Familienleben der ansässigen Bürger_innen intensiv beeinträchtigt. Die spanischen Behörden verstießen gegen die Menschenrechtskonvention, weil sie den Bau einer solchen Anlage auf staatlichem Grund erlaubten und die anhaltende Verschmutzung nicht eindämmten.



Im Fall Guerra gegen Italien verurteilte der EGMR die italienischen Behörden, da sie keine zur Achtung des Privat- und Familienlebens notwendigen Schritte gesetzt hatten, die Bevölkerung vor schädlichen toxischen Emissionen einer Chemiefabrik zu schützen. Im Urteil zur Rechtssache Giacomelli gegen Italien entschied der Gerichtshof, dass die Behandlung gefährlicher Abfälle in einer Wohngegend eine Beeinträchtigung der Rechte aus Artikel 8 darstellte und von Italien zu unterlassen sei.

In der Rechtsprechung des EGMR zeichnet sich somit eine Tendenz ab, in Einzelfällen den Schutz der Umwelt als Pflicht der Staaten im Sinne ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen zu sehen. Dies ist insbesondere als Ausfluss von Art 2 und Art 8 EMRK zu beobachten. Von einem generellen Menschenrecht auf eine intakte Umwelt kann derzeit aber noch nicht gesprochen werden.

KLIMAKLAGEN ALS MASSNAHME VOR NATIONALEN GERICHTEN. Unter Klimaklagen versteht man vor einem nationalen Gericht eingebrachte zivilrechtliche Klagen im Zusammenhang mit Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den

Klimawandel. Im Englischen wird meist der Ausdruck *climate change litigation* verwendet. Mehr als 80 Prozent dieser Klagen werden von NGOs, Unternehmen oder Bürger_innen gegen den Staat eingebracht. Eine der Hauptschwierigkeiten bei Klimaklagen ist es, kausale Zusammenhänge zwischen Ausgangshandlung, etwa Emissionsquellen einerseits, und schädlichen Auswirkungen bei Betroffenen andererseits darzustellen.

So muss staatliches Verhalten verantwortlich für CO₂-Emissionen sein, CO₂-Emissionen müssen wiederum kausal für den Klimawandel sein, der Klimawandel ist dann kausale Voraussetzung für eine Umweltveränderung oder Wetterkatastrophe und diese muss schließlich nachweisbar eine Menschenrechtsverletzung bewirken.

Medienaufsehen erregte im Jahre 2015 die Klimaklage eines peruanischen Bauern gegen den Energieunternehmer RWE. Sein Haus lag unterhalb eines Gletschensees und wurde durch die Gletscherschmelze bedroht. Er verklagte den deutschen Energiekonzern, einen Anteil der Kosten zu übernehmen, die ihm durch den Anstieg des Gletschensees erwachsen waren, da der durch RWE mitverursachte Klimawandel das

Abschmelzen verursache. Das Landesgericht Essen wies die Klage 2016 ab, Ende 2017 ging der Kläger jedoch in Berufung.

IN ÖSTERREICH GAB ES DIE ERSTE KLIMAKLAGE GEGEN DEN AUSBAU DES FLUGHAFENS WIEN-SCHWECHAT. Umweltschutzorganisationen führten an, dass dieser dem Klimaschutzgesetz und den internationalen Klimaverpflichtungen Österreichs zuwiderlaufe. Im Jahre 2017 wies das Bundesverwaltungsgericht den Antrag auf Bau einer dritten Piste zunächst ab, der Verfassungsgerichtshof kritisierte die Emissionszurechnung zum Flughafen und verwies an die Vorinstanz zurück. Im März 2018 wurde der Bau der Piste unter Auflagen genehmigt.

Ein historisches Urteil fällte der Hohe Rat der Niederlande. Es ist die erste erfolgreiche Klage auf Emissionsminderungen gegen einen Staat. Im Jahr 2013 reichte die NGO Urgenda gemeinsam mit 886 Privatkägern bei einem niederländischen Gericht eine Gemeinwohklage gegen die Niederlande ein. Der Staat hätte seine Rechtspflicht, anteilig den erforderlichen Beitrag zu den weltweiten Emissionsreduktionen zu leisten, um das Zwei-

Grad-Ziel des Weltklimarates einzuhalten, nicht ausreichend erfüllt. Das Gericht bejahte eine aus dem Staatshaftungsrecht entspringende Pflicht des Staates. Die Reduktionsziele der EU (-20 % für den Zeitraum 1990–2020) und der Niederlande (-17 %) stünden damit aber nicht im Einklang. Es befand eine Reduktion von mindestens 25 % für notwendig und nicht unverhältnismäßig belastend.

Die zweite Instanz zog zusätzlich Art.2 und Art.8 EMRK heran, denen die Niederlande ansonsten zuwiderhandeln würden. Im Jahre 2019 bestätigte der Hohe Rat, gestützt auf die UN-Klimakonvention, die Entscheidung.

Sowohl in Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als auch in einigen nationalen Gerichtsurteilen ist eine rechtliche Argumentation für den Umweltschutz zu beobachten. Es wird in nächster Zeit auf jeden Fall viele weitere Klimaklagen geben, deren Ausgang für die Entwicklung des Menschenrechts auf eine intakte Umwelt entscheidend sein wird.

Lea Romm studiert Rechtswissenschaften an der Universität Wien.

Ein Heim fürs Studium

- einst und heute

Immer schon Nudeln mit Ketchup am Bett im WG-Zimmer oder früher prachtvolles Dinner an großer Tafel? Wie wohnen Studierende? Ein Abriss über die Zeit.

Von Fernunis bis hin zu Kursen im Internet, studieren ist nicht mehr zwingend an einen fixen Ort oder eine bestimmte Vorlesungszeit gebunden. Die Mehrzahl aller Studierenden verbringt die Tage jedoch in den Hörsälen der Universitäten, mit analogen Bibliotheken und einer Mensa mit hoffentlich gutem und günstigem Mittagmenü. Wer Vorlesungen und Seminare belegen möchte, muss den Weg zur Uni also bestreiten. Für manche bedeutet dies eine zehn- bis zwanzigminütige Öffi-fahrt, für andere die Reise in ein anderes Bundesland. Wenn das Geldbörsel der Eltern es zulässt, geht mit dem Beginn der Karriere an den Hochschulen oft auch der Sprung in die ersten eigenen vier Wänden einher. Natürlich baut unsere heutige Form des studentischen Lebens auf jahrhundertelangen Entwicklungen auf, von kleinen elitären Männergruppen bis hin zum – hart erkämpften und schnell wieder eingeschränkten – freien und offenen Hochschulzugang für alle.

HISTORISCHE HEIME. Im Mittelalter entstehen die ersten Universitäten in Europa. Die Hochschulen ziehen regional wie überregional Menschen an. Damals lebten sowohl Lehrende als auch Studierende unter ein und demselben Dach. Dies führte allerdings zu einem sehr religiösen und strikten Regiment in diesen Häusern. Es mussten (zumindest in der Theorie) Lernzeiten ebenso eingehalten werden wie auch die Regel, sich ausschließlich der akademischen lingua franca, Latein, zu bedienen und das Gebot, „unsittliche“ Orte wie Wirtshäuser und Bordelle zu meiden – an nächtlichen Besuch war gemäß den Statuten selbstverständlich nicht zu denken. Diese Häuser für Studierende wurden entweder von Privatpersonen betrieben oder waren Stiftungen Wohlhabender, die ihrem eigenen Nachwuchs die bestmögliche Ausbildung garantieren wollten. In gewisser Weise entstanden damals also die ersten Studierendenheime.

In Wien wurden, neben den Studierendenunterkünften für die Elite, auch eine Reihe an Wohnhäusern für Studierende aus ärmeren Verhältnissen (die so genannten pauperes) gebaut. Wissen sollte immerhin nicht ausschließlich Privilegierten zur Verfügung stehen, sondern als „Geschenk Gottes“ allen zuteilwerden. Mit dem

Wandel der akademischen Weltsicht im Sinne der vom Humanismus geprägten Renaissance verschwanden die Studierendenhäuser allmählich. Studierende, die nicht zu den obersten Klassen zählten, wurden zunehmend gar als „nicht studiertauglich“ von den Hochschulen vertrieben und wenn, dann gewährte man statt Wohnraum (im begehrten und daher teuren Zentrum der Stadt) lieber Stipendien. Vielen Studierenden blieb keine andere Wahl, als zur Untermiete in kleinen Zimmern unterzukommen oder bei den Eltern zu leben.

DIE SITUATION HEUTE. Auch wenn Studieren für viele immer noch nicht einfach ist, hat sich die Situation in vielerlei Hinsicht zum Besseren gewandt. Die Hochschulreformen der 1970er-Jahre haben unter Österreichs erster weiblicher Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg die Hochschulen für viele Menschen geöffnet. Seither ziehen immer mehr junge Menschen in die Stadt, um einem Studium nachzugehen. Das wirkt sich natürlich auf die Mietpreise aus und der Ruf nach leistbarem Wohnraum wird angesichts der immer teurer werdenden Mieten lauter, denn nicht alle Menschen können sich frei nach dem Motto von Sebastian Kurz eine Eigentumswohnung kaufen.

Die steigenden Mieten wirken sich natürlich auf die Geldbörse von uns Studierenden aus: Im Durchschnitt geben wir Studierende etwas mehr als ein Drittel unseres monatlichen Budgets für Wohnkosten außerhalb des Elternhauses aus. Kein Wunder, dass etwa ein Viertel angibt, starke finanzielle Probleme zu haben.

Die Studierenden-Sozialerhebung 2015 zeigt, dass rund 29% der Studierenden in einem Haushalt mit Partner_in, 25% in einer Wohngemeinschaft, 20% bei ihren Eltern, 18% in einem Einzelhaushalt oder zur Untermiete und 9% der Studierenden in einem eigens dafür eingerichteten Wohnheim wohnen. Die doch relativ große Gruppe mit eigenem oder geteiltem Haushalt setzt sich vor allem aus erwerbstätigen Studierenden zusammen.

Ein Umstand, der immer mehr auffällt, ist der relativ hohe Anteil an jungen Menschen, die auch während ihres Studiums den Elternhaushalt nicht verlassen.

Die Gründe hierfür liegen für die meisten auf der Hand: Kann ich mir keine eigenen vier Wände leisten, dann ist ein Umzug, vor allem an einen anderen Hochschulstandort, ein Ding der Unmöglichkeit. Die Erhöhung der Studierendenbeihilfe – rund 200 Euro – für all jene, deren Eltern zu weit vom Hochschulstandort wohnen, reicht in den seltensten Fällen!

Im internationalen Vergleich wohnen in Österreich nur sehr wenig Student_innen in Wohnheimen. Laut Studierendensozialerhebung sind jene, die es tun, trotz des gebotenen sozialen Umfelds und der oft in Gehweite befindlichen Universitäten besonders unzufrieden. Die Probleme liegen zum einen bei der schlechten Ausstattung und dem Zustand der Gebäude, aber vor allem bei den immer höheren Preisen für die Wohneinheiten. Der Ruf nach Verbesserung ist ein bekannter und die Forderungen stets ähnlich, jedoch kommen statt Verbesserungen nur weitere Herausforderungen auf die Heimbewohner_innen zu: Seit dem Wegfall der Heimförderung 2013 sind die Preise noch weiter gestiegen, worin ein weiterer Grund für die geringe Zahl an Heimbewohner_innen in Österreich liegt.

DAS PHÄNOMEN STUDIERENDENWOHNHEIM. Der Ursprungsgedanke der Studierendenwohnheime entstammt der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. In Österreich durch staatliche Förderungen und politische wie private Initiativen unterstützt, haben sich gemeinnützige Heimbetreiber_innen mit dem Ziel, sozial bedürftigen Studierenden aller Bundesländer einen leistbaren Wohnraum nahe der Universitäten zu ermöglichen, etabliert.

Die günstigen Plätze waren trotz der oft strengen Regelungen – unter anderem der strengen Untersagung nächtlichen Besuchs – begehrt. Damals wie auch heute ist das Benützen eines Heimplatzes an einen gewissen Studienerfolg geknüpft, der bei Vertragsverlängerungen auch nachgewiesen werden muss.

Die 1960er und 70er-Jahre gelten als die Hochzeit der Studierendenwohnheime, die oft mit prächtigen Foyers (zur Zweitnutzung als Hotels während der Sommermonate) ausgestattet wurden und ein dringend gebrauch-



tes Angebot für die Studierenden stellen konnten. Der soziale Gedanke der Heime wurde durch das Studierendenheimgesetz und eine zugehörige Förderung zum Erhalt und Ausbau abgesichert. Doch 2012 wurde die Bundesförderung, wie bereits erwähnt, schließlich ausgesetzt – mit einschneidenden Folgen: Um die Heime weiterhin finanzieren zu können, stiegen die Preise bei vielen Betreiber_innen trotz Gemeinnützigkeit und Kostendeckungsprinzip sprunghaft. Eigentlich fällige Sanierungen mussten aufgeschoben werden, gewinnorientierte Unternehmen drängten in den Markt und trieben die Preisspirale weiter an. Während billiger Wohnraum immer schwerer zu finden ist sprießt momentan ein neues Luxus-Heim nach dem anderen aus dem Boden.

Für viele von uns ist studieren unter dem Bologna-system mit Bachelor, Master und ECTS bereits zur Normalität geworden. Die Studierendenheime haben sich jedoch an den neuen, kurzlebigeren und intensiveren Studienalltag nicht angepasst. Das Engagement in einer lebendigen Heimgemeinschaft, die doch einen großen Teil des Charmes dieser Wohnform ausmacht und über so manche Entbehrungen wie geringere Privatsphäre und mit dem ganzen Stockwerk geteilte Küchen hinwegtrösten konnte, wird nicht mehr ausreichend gefördert. Feste zu veranstalten wird durch strengere Auflagen immer schwieriger und durch die steigenden Preise ist ein inzwischen fast gleich teures WG-Zimmer eine beliebte alternative. Die berechnete Frage lautet also: Ist die Zeit von Studierendenheimen vorüber?

Durch immer höhere Preise, Anlagen, die nicht auf dem neuesten Stand sind, und mangelnde Angebote

innerhalb der Wohnheime konnten sie in den letzten Jahren nicht mehr ihrer Aufgabe nachgehen, nicht nur eine günstige sondern eine attraktive Alternative für Studierende zu sein.

LUFT, LIEBE UND ECTS. Die bereits erwähnte Studierenden-Sozialerhebung zeigt jedoch mit Nachdruck, wie notwendig günstiger Wohnraum für Studierende wäre: Drei Viertel der Studierenden in Heimen müssen mit weniger als 1000€ pro Monat auskommen. Davon müssen Miete, Bücher und andere Studienunterlagen, freie Zeit mit Freund_innen und natürlich auch noch Verpflegung finanziert werden, denn von Luft, Liebe und ECTS lässt es sich dann doch nicht leben. Trotz der steigenden Preise stellen Studierendenheime immer noch weitgehend die günstigste Wohnvariante dar. Für all jene, die keinen akademischen Familienhintergrund haben, sind sie neben Wohngemeinschaften eine niedrigschwellige Möglichkeit, Teil des universitären Lebens zu werden.

Läge es nach allem Erwähnten also nicht in der Verantwortung der Politik, die ausgesetzte Subvention gemeinnütziger Heime wieder aufzunehmen? Wäre es nicht die Aufgabe des Staates, als Teil der Studienförderung für leistbaren Wohnraum für Studierende zu sorgen? Wie viele junge Menschen gibt es, die nicht dort studieren können, wo sie wollen, da sie die Wohnkosten nicht aufbringen können? Wie viele können aus diesem Grund überhaupt nicht studieren?

Für Studierende, die den Schritt in Richtung eigener Wohnung oder WG wagen, ist dies auch ein großer

Schritt in Richtung Unabhängigkeit. Der Wohnungsmarkt kann vor allem für junge Menschen sehr überfordernd sein, da sie sich bis jetzt noch nicht ausreichend mit dem Thema Wohnen und Miete auseinandergesetzt haben. Diese Ahnungslosigkeit wird gerne von Makler_innen und Vermieter_innen ausgenutzt. Noch bevor überhaupt ein Schritt in die Tür der zu besichtigenden Wohnung gesetzt wurde, müssen oft Verträge unterschrieben werden, die zum Kauf verpflichten sollen oder die Interessent_innen in einer anderen Form an die Immobilie binden. Vor allem bei Makler_innenprovisionen wird oftmals über die Stränge geschlagen. Diese können allerdings bei befristeten Mietverträgen maximal zwei Monatsmieten betragen, insofern die Wohnung dem Mietrecht unterliegt. Apropos befristeter Mietvertrag: Hier gilt vor allem darauf zu achten, dass der Großteil der befristeten Mietverträge auf unter drei Jahre keine Gültigkeit haben und der Vertrag somit zu einem unbefristeten wird.

SCHAU VORBEI. Jedoch raten wir: egal wie gut du glaubst, dich mit deinem Mietvertrag und allem, was dazugehört auszukennen, es kann nie ein Fehler sein, der kostenlosen Wohnrechtsberatung der ÖH einen Besuch abzustatten. Die Termine dazu findest du auf unserer Homepage.

Marlene Kohlberger studiert Raumplanung an der TU Wien. Christoph Haill studiert Geschichte an der Universität Wien. Beide arbeiten ehrenamtlich im Sozialreferat der ÖH-Bundesvertretung.

Menstruieren oder Studieren?

„Wir können es uns ja echt nicht aussuchen, ob wir menstruieren oder nicht.“ Die Debatte um die „Tamponsteuer“ ist an der Uni angekommen.

„Gibt's eigentlich keine größeren Probleme?“, schreibt User Andy B. unter einem Facebook-Post, in dem anlässlich des Welt-Toiletten-Tages gratis Menstruationsartikel an der Uni gefordert werden. Ist diese Forderung wirklich so irrelevant und utopisch?

Es ist davon auszugehen, dass etwa die Hälfte aller Studierenden circa einmal im Monat menstruiert. 3000 Tage verbringen diese im Leben durchgehend menstruierend. 10.000-17.000 Tampons bzw. Binden verbraucht eine menstruierende Person in ihrem Leben. Über 10% der Menstruierenden können aufgrund der Beschwerden während ihrer Periode ihrem Beruf oder ihrer Ausbildung nicht nachgehen. Menstruierende geben im Durchschnitt über 2.500€ in ihrem Leben für Tampons, Binden und Slipeinlagen aus. Zählt man Schmerz- und Verhütungsmittel dazu, kommt man auf 7.000€.

STUDIERN UND MENSTRUIEREN? Eine Problematik, die so viele Menschen regelmäßig betrifft, ist alles andere als kleinzureden. In Unternehmen und Schulen werden Pilotprojekte gestartet, bei denen auf Toiletten gratis Menstruationsartikel zur Verfügung gestellt werden – warum also nicht auch an den Hochschulen?

Ende 2019 wurde so ein Versuch an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt/Celovec gestartet. An ausgewählten Toiletten wurden dort Menstruationsartikel aufgelegt, die den Student_innen frei zur Verfügung standen. „Wir können es uns ja echt nicht aussuchen, ob wir menstruieren oder nicht“, sagt eine Anglistik-Studentin bei einer Befragung.

Kritiker_innen (wie z.B. der oben genannte Facebook-User) halten solche Maßnahmen für überflüssig und befürchten einen Missbrauch. Jedoch muss man weder eigenes Klopapier auf die Uni mitnehmen, weil sonst die Gefahr bestünde, alle Student_innen würden maßlos viel davon für den Eigenbedarf mitnehmen, noch muss man eine Studienkollegin beschämt um ein

Stück Seife bitten, weil man gerade an dem Tag nicht damit gerechnet hat, sich die Hände waschen zu müssen. Bis die langjährige Forderung nach der öffentlichen Ausfinanzierung der Hochschulen umgesetzt wird, bleibt nur noch die Frage der Finanzierung offen.

TAMPONSTEUER ODER: PERIODE ALS LUXUS. Kaviar ist mit 10% besteuert, Sekt mit 13%, Champagner mit 20% - ebenso Menstruationsartikel. Dass das nicht gerecht ist, lässt sich unschwer erkennen. Diese „Luxussteuer“ auf Menstruationsartikel, umgangssprachlich „Tamponsteuer“, wird von vielen Seiten kritisiert. Der hohe Steuersatz mache Produkte, die eine Notwendigkeit sind, teuer und verstärke „das soziale Ungleichgewicht“, sagte die Co-Initiatorin des Startups Erdbeerwoche Annemarie Harant bereits 2017 in einem Interview. Bei

einer Petition der Initiative aufstehen zur Senkung ebendieser Steuer heißt es: „Binden und Tampons sind höher besteuert als ein Opernbesuch. Während Frauen und Männer selbst entscheiden können, ob sie in die Oper gehen, haben Frauen bei ihrer Periode keine Wahl.“

Länder, in denen es keine Tamponsteuer (mehr) gibt, sind unter anderem Kenia, Libanon, Nicaragua, Indien und Australien. Nachdem letztes Jahr in Deutschland der Beschluss gefällt wurde, die „Tamponsteuer“ mit Anfang 2020 von 19% auf 7% zu senken, waren auch in Österreich immer mehr Stimmen zu hören, die eine Steuer senkung auf Menstruationsartikel forderten. Tatsächlich findet sich im aktuellen Regierungsprogramm (Stand Jänner 2020) die „Senkung der USt-Satzes für Damenhygieneartikel“ wieder, jedoch ohne einen konkreten

Steuersatz oder Umsetzungstermin. Bis dahin bleibt es wohl dabei, dass Menstruierende „quasi doppelt zur Kasse gebeten“ werden, wie es 2018 in einem Statement der Bundesjugendvertretung (BJV) hieß.

Leider bedeutet eine Senkung der Tamponsteuer keine automatische finanzielle Entlastung der Konsument_innen. In Deutschland wollen laut jetzt.de mehrere Hersteller die Preise auf Menstruationsartikel nun erhöhen, vermutlich aufgrund der zuvor vorhandenen (alternativlosen) Bereitschaft, einen höheren Preis zu zahlen. „Johnson und Johnson“, der Marktführer, dem auch „ob“ gehört, dementiert dies jedoch. „Nun wo die Tamponsteuer gekippt wurde, erhöhen Hersteller direkt die Preise - da ist er wieder dieser Markt, der alles geil durchregelt“, schreibt @MaditaMedusa dazu auf Twitter.

UND JETZT? Solange die Regierung die Tamponsteuer bei 20% belässt und die Hochschulen nicht ausfinanziert, müssen Student_innen selbst die Initiative ergreifen und gegen Ungerechtigkeiten vorgehen! Wer sich aktiv für einen kostenfreien Zugang zu Menstruationartikeln einsetzen möchte, kann sich an das Referat für feministische Politik der ÖH Bundesvertretung oder das zuständige Referat an der eigenen Hochschule wenden.

Hannah Svoboda studiert Politikwissenschaft und ist im Referat für feministische Politik auf der ÖH Bundesvertretung aktiv. Melde dich unter femref@oeh.ac.at!

Info:

Warum wird in diesem Artikel genderneutral formuliert? Wir möchten Frauen nicht nach biologistischen Kategorien einordnen und darauf aufmerksam machen, dass nicht alle Frauen menstruieren (z.B. aufgrund psychischer/physischer Gegebenheiten, Frauen nach der Menopause oder trans Frauen), und dass nicht alle menstruierenden Personen Frauen sind (z.B. trans Männer oder nicht-binäre Personen).



Foto: Sarah Langoth

A close-up, high-angle view of a waterfall. The water is a vibrant turquoise color and is cascading down, creating a dense layer of white foam and bubbles. The texture of the water is highly detailed, showing individual droplets and the intricate patterns of the foam. The overall scene is dynamic and energetic.

FEUILLETON

Folklore als Weg zu sich selbst

Hanna und Alicja haben im Volkstanz, in bunten Trachten und langen Zöpfen sich selbst neu gefunden. Heute geben sie ihre Leidenschaft weiter. Ein Gespräch über Folklore, Identität und Integration.

progress: *Könnt ihr euch an eure erste Begegnung mit Volksmusik bzw. Volkstanz erinnern?*

Hanna Góral: Ganz genau kann ich mich daran jetzt nicht mehr erinnern. Ich war bestimmt ein kleines Kind im Vorschulalter. Ich kann mich aber an meinen ersten Tanzunterricht in der Grundschule erinnern, zu dem mich damals meine Eltern geführt haben. Dort haben wir gelernt, unseren ersten Volkstanz zu tanzen.

Alicja Zell: Ich kann mich an solch eine Begegnung nicht erinnern, bestimmt nicht bewusst. Ich glaube, dass alles in der Musikschule begonnen hat. Ich habe den Klavierunterricht in unserer städtischen Musikschule besucht, wo ich in Kontakt mit Volksmelodien gekommen sein muss. Wir hatten auch Tanzunterricht in der Schule, bei dem wir Volkstänze gelernt haben.

progress: *Kann es sein, dass ihr noch früher in den Kontakt mit der Folklore treten konntet? Hat ein Familienmitglied etwa Volkslieder gesungen oder wurden Volkstänze während eines Anlasses getanzt?*

H.G.: Nein, gar nicht. Meine Eltern waren schon musikalisch. Meine Mutter hat Klavier gespielt, mein Vater hat Gitarre gespielt. Beide waren allerdings autodidakt in dieser Disziplin. Sogar die Großmutter hat kaum Volkslieder gesungen oder Volkstänze getanzt.

A.Z.: Das Zuhause war bestimmt der Ort, wo ich das erste Mal in Kontakt mit Musik getreten bin. Ich weiß, dass meine Mutter Cello gespielt hat, obwohl ich mich daran nicht erinnern kann. Sie hat mir auch viel vorgesungen. Ich glaube, dass das einfache Volksmelodien waren. Meine Großeltern waren auch musikalisch. Mein Großvater hat Akkordeon gespielt, meine Großmutter hat viel gesungen. Ich

denke mir gerade, was sonst hätten sie singen können, wenn nicht gerade Volkslieder?

progress: *Wie sieht die Arbeit in einem institutionalisierten Ensemble für Volksmusik und Volkstanz aus?*

H.G.: Die Gruppe von Menschen, die aus den unterschiedlichsten Milieus kommen und die diese Leidenschaft für Folklore verbindet, probt und tritt in solch einem Ensemble meistens unbezahlt auf. Gewöhnlich gibt es in solchen Ensembles zwei Gruppen: eine Chorgruppe und eine Ballettgruppe. Im Ensemble „Wrocław“ (Breslau), wo ich meine ersten professionellen Erfahrungen gemacht habe, habe ich lediglich die Ballettgruppe besucht.

A.Z.: Die Arbeit in solch einer Tanzgruppe hat in der Gesangs- und Bewegungsbildung bestanden, d. h. wir haben uns zwei Mal wöchentlich getroffen, wobei eine Hälfte des Unterrichts dem Gesangsunterricht am Klavier, die zweite Hälfte des Unterrichts dem Tanz gewidmet war. Ich kann mich an viel Musik und wirklich viel Bewegung erinnern. Die erste Begegnung eines Kindes mit einem Volkstanz geschieht während des Tanzspiels im Kreis. Das ist die wohl einfachste Figur, aber spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Kindererziehung, denn sie lehrt Integration, Zusammensein und Zusammenarbeit. Ich denke ebenfalls, dass ein sehr wichtiger Aspekt der Arbeit in solch einer Tanzgruppe das Miteinbeziehen der Kinder in regionale Traditionen ist. Es wurden mehrere Volksfeiern organisiert, die die Menschen in polnischen Großstädten heute kaum mehr veranstalten werden, wie beispielsweise Ostarki (poln. „die letzten Tage des Karnevals“) oder Andrzejki (poln. „Andreasnacht“). Die Kinder haben die Möglichkeit, während solcher Feiern eine lebendige Folklore zu erfahren, d. h. sie singen ein Volkslied nicht, um zu zeigen, welche Gesangstechniken

sie gemeistert haben, sondern um eine Geschichte zu erzählen, die in dem Lied versteckt liegt, die vor Jahrhunderten entstanden ist und die diese Kinder schlussendlich verstanden haben. Sie werden also zum Teil einer gewissen Kultur.

progress: *Was bedeutet für euch Folklore? Wo ist ihr Platz heutzutage unter anderen Kunstarten?*

H.G.: Folklore hat mich mein Leben lang begleitet und beeinflusst es noch immer. In Musikschulen, an Musikuniversitäten habe ich Motive aus der Volksmusik bzw. dem Volkstanz in meinen Auftritten am Institut für Musik- und Bewegungspädagogik immer wieder aufgegriffen. Ich habe den Eindruck, dass wir in einer Zeit leben, in der dieses menschliche Bedürfnis nach Annäherung an das Originale, an die Wurzeln immer stärker wird. Seit einiger Zeit beobachtet man ebenfalls die Präsenz volkstümlicher Motive in der Popkultur. Für mich ist Volkstanz die tollste Art des Tanzens, weil man solo, als Paar oder in einer Gruppe tanzen kann.

A.Z.: Folklore ist für mich eine Möglichkeit, sich selbst auszudrücken. Ich habe in der Folklore, in diesen Melodien, Schritten, Trachten, Zöpfen, im Zusammensein mit Anderen mich selbst wiedergefunden. Ich habe den starken Eindruck, wenn ich einen Volkstanz aufführe oder die Tracht anziehe, dass ich mein wahres Gesicht zeige. Vielleicht begeben sich in eine Rolle hinein, aber ich bin mit ihr im Einklang. Deine Frage erinnert mich daran, als ich einmal beim Casting zu „America’s Got Talent“ in New York war und mir vorgenommen habe, etwas aus der polnischen Folklore darzustellen. Tanzen konnte ich allein nicht. Deswegen habe ich ein Volkslied ausgewählt, das mich ausdrückt. Das Lied handelt von einem jungen Mädchen, das heiraten musste und ihre Freiheit verloren hat. Ich kenne diese Situation zwar nicht, weil ich so was niemals erlebt habe, aber ich



Foto: Michal Sobanski

spüre, dass mein Alter Ego sie doch kennt. Ich fühle den Schmerz dieser Frau, kann mich mit ihr identifizieren. Persönlich war ich immer von jeglichen Freiheitsbewegungen berührt. Ich habe das starke Gefühl, dass Frauen immer viel zu sagen gehabt haben, aber aus politisch-soziologischen Gründen keine Möglichkeit dazu hatten. Durch die Folklore fühle ich mich, als ob ich diesen Frauen ihre Stimme zurückgeben würde. Dort in Amerika auf dieser Bühne habe ich genau das gesungen, was ich dem Publikum erzählen wollte, über dieses Mädchen, das einmal etwas erlebt hat. Ich habe die Anwesenheit ganzer Generationen, die diese Geschichte weitergegeben haben, gespürt. Die Folklore ist für mich eine Chance, sich anderen Kulturen zu öffnen. Wenn ich keine Ahnung über meine eigene Kultur hätte, was könnte ich in andere Kulturen einbringen bzw. was könnte ich von anderen Kulturen lernen? Wenn ich mich nicht mit Folklore beschäftigen würde, würde ich heute auch nicht so viel reisen, hätte ich nicht die gleiche Wissbegierde. Ich würde nicht wissen, was ich suche. Dank der Folklore weiß ich, wonach ich suche, und das ist jedes Mal eine Kultur.

progress: Nach der Absolvierung des Trainer_innenlehrganges für Volkstänze in Krakau habt ihr euch entschieden, die Volkstanzgruppe „Mazurki“ für kleine Kinder in Wien zu begründen. Was wollt ihr euren kleinen Schützlingen von Folklore vermitteln, denn ich verstehe, dass es nicht um Hebefiguren und ballettartige Zehentechnik geht?

H.G.: Ich bin stark davon überzeugt, dass Volkstanz eine sehr facettenreiche Grundlage für andere Tanztechniken bietet. Ich kenne persönlich viele Menschen, die sich nach dem Volkstanz anderen Tanzarten gewidmet haben, beispielsweise dem Gesellschaftstanz, modernem Tanz oder sogar dem Ballett. Technisch spielt für Kinder die Wiederholbarkeit der Schritte und die Schlichtheit der Melo-

dien eine große Rolle. Was uns aber viel wichtiger ist als die richtige Technik ist die Vermittlung der polnischen Kultur an die jüngste Generation. Unsere Schüler_innen sind Kinder, die sich in einer ganz anderen Lage als ihre Gleichaltrigen, die in Polen leben, befinden. Hier in Wien haben sie kaum Chancen, in Kontakt mit polnischer Folklore zu treten. Entweder können es die Eltern ihnen nicht vermitteln oder es gibt vor Ort keine Institution, die sich damit befassen würde. Wir wollen, dass „Mazurki“ ein Platz für jedes sowohl polnische als auch nicht-polnische Kind ist, das an der polnischen Kultur Interesse hat. Schlussendlich ist „Mazurki“ ein Ort für das gemeinsame Spiel sowie Freude an Musik und Bewegung.

A.Z.: Das Wertvollste, was die Folklore zu vermitteln hat, sind meiner Meinung nach Werte. Werte, die sehr unterschiedliche Lebensaspekte strukturieren, von der Familie über die Kultivierung der Tradition bis zur Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Kulturen. Kinder können sich natürlich einer anderen Freizeitgestaltung widmen. Ich habe jedoch den Eindruck, dass man innerhalb einer Volkstanzgruppe intuitiv einen gemeinsamen Nenner finden kann, sprich eine gemeinsame Kultur, die auf Herkunft zurückgeht. Unsere Volkstanzgruppe hat in meiner Vorstellung auch eine starke Erziehungsfunktion abseits der Folklore: wir treffen uns regelmäßig, pünktlich um eine bestimmte Uhrzeit. Wir üben in einer Gemeinschaft, jede_r hat eine Rolle in der Gruppe. Wenn diese Rolle fehlt, kann die Choreographie nicht ganz klappen. Was interessant ist, ist die Tatsache, dass keiner von unseren Schützlingen in Polen geboren ist. Alle Kinder sind in Österreich geboren und sie sehnen sich nicht nach Polen, weil sie dieses Land als Heimat gar nicht kennen. Wir möchten ihnen die polnische Kultur ein bisschen näherbringen, aber sie auf keinen Fall damit bombardieren. Wir bemühen uns, ihnen zu

zeigen, dass die polnische Kultur attraktiv und wertvoll ist, da sie Freude und Vergnügen bereiten kann. Sie kann auch eine gemeinsame Sprache für diese Kinder sein. Es zeigt sich, dass polnische Volkstanzspiele, polnische Sprache und Kultur eine gemeinsame Bezugsebene haben können.

progress: Wo seht ihr Folklore in Zukunft?

H.G.: Wir leben in der Zeit der Globalisierung. Dieses Phänomen hat uns viele neue Möglichkeiten eröffnet. Wir können heute Musik und Kultur aus anderen Ländern und sogar von anderen Kontinenten erfahren. Auf die eigene Kultur vergisst man oft. Ich glaube stark daran, dass die Teilnahme an solchen Volkstanzgruppen Menschen die eigene Kultur vertrauter machen kann. Ich hoffe, dass es noch mehr folkloristische Veranstaltungen und Initiativen geben wird.

A.Z.: Ich erfahre persönlich ein großes Interesse an der Folklore, nicht nur in Polen oder in Österreich, sondern allgemein auf der ganzen Welt. Es werden zahlreiche Volksfestivals organisiert, wo sich verschiedene Volkstanz- oder Gesangsgruppen aus der ganzen Welt treffen. Man bemerkt auch ein gesteigertes Interesse an der Volkskultur im Kino. Ich meine hier z.B. den oscar-nominierten Film „Cold War“ von Paweł Pawlikowski, in dem die polnische Volksmusik den Hintergrund für eine Liebesgeschichte bildet. Wir sehen Volksmotive in der Mode, wenn bunte Blumenmuster aus traditionellen Trachten auf tagtägliche Kleidungsstücke überspringen. Wenn es um die Aufführung der Folklore selbst geht, gibt es heute leider einen starken Trend zur Stilisierung und ich befürchte, dass dieser Trend in Zukunft weiter zunehmen wird.

Das Interview führte Michal Sobanski. Er studiert Musikwissenschaften und Kunstgeschichte in Wien.

THE (UN)HAPPY PRINCE

Oscar Wildes Leben war geprägt von Glamour und Kunst. Gehasst und verehrt zu seiner Zeit war er ein Vorreiter für den offenen Umgang mit Homosexualität. Ein Portrait.

Als ich vergangenes Jahr auf der Suche nach einer neuen Lektüre den nächstgelegenen Büchertauschschrank unsicher machte, war unter meinen Errungenschaften ein Roman, der mir schon von mehreren Freund_innen als Lieblingsbuch empfohlen wurde: *The Picture of Dorian Gray* von Oscar Wilde. Und tatsächlich zog mich das Buch direkt in seinen Bann. Die Leichtigkeit der Sprache, der einzigartige, zuweilen zynische Humor und nicht zuletzt diese mystische Erzählung eines Jünglings, der sich in seiner jugendhaften Schönheit verliert, verleihen dem Prosawerk einen in der Literatur des 19ten Jahrhunderts einzigartigen Charme.

EIN EXZENTRISCHER DANDY.

Man merkt diesem Buch – abgesehen vom Setting – kaum an, dass es vor knapp 120 Jahren in der viktorianischen Ära erschien; also zur wohl prädestinierten Epoche der Weltgeschichte. *The Picture of Dorian Gray* ist das Portrait eines Dandys, der kein Geheimnis aus seiner Lust an sexuellen Ausschweifungen macht und durchaus autobiographische Parallelen zum Autor aufweist. Es ist wenig verwunderlich, dass es einen Skandal in der Londoner Oberschicht auslöste, in deren Kreisen Oscar Wilde verkehrte. Homosexualität selbst wird zwar nur angedeutet, aber die Zeitgenoss_innen sahen in dem Werk den Beweis für Oscar Wildes sexuelle Neigungen, die mit den viktorianischen Moralvorstellungen unvereinbar waren.

Oscar Wilde war aber nicht nur wegen seines Prosawerkes Opfer zahlreicher Hetzkampagnen, sondern sein ganzes Auftreten gab den Kritiker_innen Anlass, sich an der auffallenden Persönlichkeit abzuarbeiten. Lange Kniehosen, Seidenstrümpfe, seine Vorliebe für Schönes, nicht zuletzt seine Wortgewandtheit und sein entwaffnender Humor prägten das Bild des Homosexuellen in der britischen Gesellschaft nachhaltig. Männer mit

ähnlichen Begehren wurden noch lange Zeit nach Wildes Verurteilung als „Oscar“ verpönt.

Ob Oscar Wilde tatsächlich homosexuell war, ist bis heute umstritten. So gingen aus seiner Ehe mit Constance Lloyd zwei Söhne hervor; zudem sind zahlreiche Sympathien zu Frauen bekannt, die eine bisexuelle Orientierung des Poeten vermuten lassen. Seine Verhältnisse zu Männern beruhten zudem auf einer ephrophilen Neigung, da seine Liebhaber meist wesentlich jünger waren. Insbesondere die Verhältnisse zu den deutlich jüngeren Männern Robert Ross und Lord Arthur Douglas sind gut dokumentiert.

DER TIEFE FALL DES GENIES.

Letztere Beziehung führte zum Eklat, als der Vater von Lord Arthur Douglas Oscar Wilde öffentlich der Sodomie beschuldigte. Dieser Auseinandersetzung folgten drei Gerichtsverhandlungen,

die zur Diskreditierung des einst so gefeierten Literaten führten. Auch der Roman *The Picture of Dorian Gray* wurde als Beweisobjekt für Wildes homosexuelle Unzucht (gross indecency) herangezogen. Schlussendlich waren es die Aussagen zahlreicher männlicher Sexarbeiter, die ihn belasteten und ihm zwei Jahre Haft in Kombination mit schwerer Arbeit im Zuchthaus einbrachten.

Der einst so schimmernde, lebensfrohe und bei Zeiten arrogante Poet zerbrach an den Haftbedingungen. Nach seiner Freilassung kehrte er England den Rücken und verbrachte drei weitere von Trauer gekennzeichnete Jahre, ehe er im Alter von 46 Jahren starb. Die Rehabilitation der Person Oscar Wilde dauerte lange. Ihm wurde erst 2017 im Zuge des *Alan Turing Law* in Großbritannien mit knapp 49.000 weiteren homosexuellen Männern durch ein „Pardon“ vergeben. 117 Jahre nach seinem Tod!



Foto: Sarah Langoth

RECHTE HOMOSEXUELLER WELTWEIT. In Österreich wurde erst im Jahr 1971 wurde die strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen eingestellt. Seit 2010 ist die eingetragene Lebenspartnerschaft bei gleichgeschlechtlichen Paaren in Österreich anerkannt und seit 2019 ist auch die Zivileheschließung hier möglich. Dennoch sind gleichgeschlechtliche Ehen immer noch nicht gänzlich gleichberechtigt. Auch in Bezug auf die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und Queers ist die Gesellschaft noch nicht vollends aufgeschlossen. Dies zeigt sich vor allem im Vergleich von Stadt und Land sowie jung und alt.

Weltweit sieht die Lage Homosexueller weiterhin Besorgnis erregend aus. Der von der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA) herausgegebene Report on State-Sponsored Homophobia (2019) gibt an, dass 68 Staaten Homosexualität kriminalisieren (35 Prozent aller UN-Staaten), wobei in fünf Ländern (Mauretanien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Pakistan und Afghanistan) sogar noch die Todesstrafe verhängt wird. Aber der Report macht auch Hoffnung, da weltweit eine Entkriminalisierung von Homosexualität zu beobachten ist. Vor allem in Ost-Asien bessert sich die Situation. Letztes Jahr führte etwa Taiwan als erstes asiatisches Land die Ehe für alle ein.

Man möchte sich überhaupt nicht vorstellen, wie viele Genies wie Oscar Wilde daran zerbrochen sind, nicht ausleben zu können, wer sie eigentlich sind. Kaum auszumalen bleibt, wie viel Kunst und Fröhlichkeit der Menschheit verloren geht, weil es Menschen verboten ist, die Menschen zu lieben, die sie wollen.

Joe Brandes (25) studiert an der Universität Wien Kommunikationswissenschaft und Publizistik im Master.

Musik-Rezension

DEBÜTALBUM STATT DEBÜTANTIN



Das Trio DIVES macht mit der Romantisierung des Teenie-Daseins kurzen Prozess. Mit ihrem Debütalbum „Teenage Years Are Over“ schaffen die jungen Wienerinnen ein markantes Statement gegen die Glorifizierung der Pubertät in der Popkultur. Selbstbewusster Garagenpop trifft hier auf ein Gespür für Melodie und Dynamik. Innerhalb kurzer Zeit haben sich die Musikerinnen fest im Wiener Underground verwurzelt. Seit sie im Frühjahr 2016 gemeinsam erste Songs im Proberaum schrieben, sind sie in Dresden bereits vor 12.000 Zuschauer_innen aufgetreten, waren Headliner beim Wiener Popfest 2018, sind als Demo-Band der Vengaboys am Wiener Ballhausplatz aufgetreten und haben Konzerte neben etablierten Künstlern wie Franz Ferdinand und Bilderbuch gespielt.

Auf dem Album gibt es Balladiges, rockige Riffs, Samba-Beats und allgegenwärtig einen hallenden Gitarrensound. Einprägsam sind der zweistimmige Gesang von Tamara Leichtfried und Viktoria Kirner und die vielen Rhythmus- und Geschwindigkeitswechsel innerhalb der Songs.

Musikalisch stammen die drei aus verschiedenen Richtungen und orientieren sich daher nicht bewusst an bestimmten stilistischen Vorbildern, sondern erfinden ihre ganz eigene Handschrift. DIVES wurde in Rezensionen anfangs meist als „surfig“ beschrieben. „Zuerst konnten wir damit gar nicht so viel anfangen“, sagt die Schlagzeugerin Dora Goederen gegenüber progress, „dann haben wir aber als Antwort eine ‚richtige‘ Surfnummer („Pumpkin“) geschrieben.“ Zufriedener ist die Band mit Bezeichnungen wie „poppy-appeal-punk“, die verdeutlichen, dass sie sich nicht an aalglatter Pop-Fantasie orientieren.

Nachdem DIVES gemeinsam mit dem Wiener Musiker und Produzenten Wolfgang Möstl (Nino aus Wien, Voodoo Jürgens, Clara Luzia, ...) im Mai 2017 an ihrer 1. EP arbeiteten, ist nun im November 2019 ihr Debüt erschienen. Es wirkt, als hätte die Band den Titel gewählt, um ihre eigene musikalische und innere Entwicklung zu demonstrieren. „Wir finden es positiv, die Zeit der Unsicherheiten und Extreme überwunden zu haben und nun selbstbewusster zu sein. Wir sind auch musikalisch erwachsen(er) geworden seit der EP“.

Nach ihrer Tour durch Deutschland und die Niederlande spielen DIVES am 16. April 2020 wieder im WuK in Wien.

DIVES – Teenage Years Are Over – 2019 (Siluh)

Lea Romm (23) studiert Rechtswissenschaften an der Universität Wien.

Buch-Rezension

MORALISIERUNG ALS GEFAHR



Byung-Chul Han, der in Süd-Korea geboren wurde, gilt derzeit als einer der interessantesten deutschsprachigen Philosophen. Seine Bücher wurden bereits in mehr als 20 Sprachen übersetzt. Bekanntheit erlangte er für sein 2010 erschienenes Werk *Müdigkeitsgesellschaft*, in dem er auf die Gefahren einer beschleunigten Gesellschaft aufmerksam machte. Ständig wiederkehrendes Thema seiner Werke ist die mediengetriebene Individualisierung, in der Han eine bereitwillige Aufgabe von Scham, Vertraulichkeit und Intimität sieht.

In seinem neuen Werk *Vom Verschwinden der Rituale* analysiert Han die postmoderne Gesellschaft hin-

länglich ihrer moralisierenden Haltung, die eher zu einer Verrohung als zu einer Versöhnung innerhalb der Gesellschaft führt. Die Schonungslosigkeit seiner Sprache und die erschreckenden Diagnosen, die Han seinen Patient_innen, den Lesenden, stellt, sind um so schockierender, als dass man sich immer wieder selbst ihn ihnen erkennt. Denn das Verschwinden der Rituale ist ein allgegenwärtiges Phänomen, das sich in fast allen Lebensbereichen wiederfindet.

Han lesen bedeutet, sich selber besser kennenzulernen, denn auch wenn das Werk nur knapp 130 Seiten misst, hallen die Gedankenkonzepte, die hier aufgeworfen werden, noch lange nach. Han selbst verwendet dabei keine komplizierte Sprache, wie einige seiner Philosophenkolleg_innen, dennoch erschließen sich einige Stellen erst nach mehrmaliger Lektüre. Die Tonalität des Werkes ist dabei von einer tiefen Traurigkeit durchdrungen, in der schon

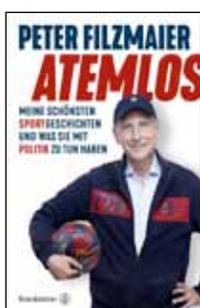
vieles verloren geglaubt wird. Sein Plädoyer: Wir brauchen unbedingt eine neue Lebensform. Wie diese aussehen kann, wird aber lediglich angedeutet. Wer schon mit Werken von Byung-Chul Han vertraut ist, wird sicherlich viele seiner Ideen, die in seinen vorherigen Publikationen besprochen wurden, wiedererkennen. Auch ist die unklare Definition von Ritualen, die ja im Zentrum seiner Analyse stehen, zu bemängeln. Dennoch ist dieses Werk eine präzise und schonungslos offene Gegenwartsanalyse.

Byung-Chul Han: Vom Verschwinden der Rituale: Eine Topologie der Gegenwart. Ullstein, Berlin 2019.

Joe Brandes (25) studiert an der Universität Wien Kommunikationswissenschaft und Publizistik im Master.

Buch-Rezension

UNGEWÖHNLICH PARTEIERGREIFEND



Ist es nicht merkwürdig und gleichzeitig faszinierend wie irrational wir uns manchmal für Sportveranstaltungen begeistern lassen? Von lautstark vor dem Fernseher Schifahrer anfeuern, die hunderte Kilometer entfernt sind, über Familienstreits am Esstisch, wer denn nun die bessere Fußballmannschaft sei, bis hin zu langwierigen Torturen, um auf jeden Fall eine bestimmte Sportveranstaltung live sehen zu können. Diese und noch viele weitere Erlebnisse und Emotionen beschreibt Peter Filzmaier in seinem neuen Buch *Atemlos*. Sport und vor allem auch dessen Übertragung lässt uns entgegen jeder Berührungängste mit wildfremden Personen auf der Firmenfeier seiner Frau grölen und so manchen Migrationshintergrund vergessen. Kaum ein Ereignis

verbrüdet die Bevölkerung eines Landes so sehr wie eine Weltmeisterschaft. Man ist gemeinsam stolz, feiert zusammen und verzeiht einander.

Trotz oder vielleicht sogar aufgrund all dieser positiven Auswirkungen braucht man nach Korruption, Betrug, Doping und unzähligen Besserwissern nicht lange zu suchen. Sollte einmal etwas nicht wie vorgesehen laufen mutiert man als Fernsehzuschauer_in, der noch nie einen Basketball in der Hand hatte, zum langjährigen Schiedsrichter. Zumindest die davor genannten Übel haben allzu oft mit Politik zu tun und werden von uns Sportfans gerne verdrängt oder heruntergespielt. *Atemlos* widmet sich sowohl den begeisternden Seiten als auch den unangenehmen und versucht deren Relation näher zu beleuchten.

Peter Filzmaier zeigt sich als Autor dieses Buches von einer gänzlich anderen Seite als ihn der überwiegende Teil Österreichs wohl kennt. Nicht

sachlich und zurückhaltend über einen Wahlkampf philosophierend, sondern überaus subjektiv und frei von der Leber weg über Wettkämpfe schwärmend. Allerdings gewohnt scharf und präzise formuliert bekommt man als Leser_in das Gefühl den Gedanken eines wandelnden Politik-, korrigiere Sportlexikons zu lauschen. Innerhalb kürzester Zeit bekommt man auf engem Raum unzählige Namen und deren Geschichten erzählt. Die Freude am Sport, die eigene Begeisterung am Laufen und der langwährende Wunsch Sportmoderator zu werden gaben den Impuls zu diesem Buch und schlussendlich bringt uns Sport den Menschen und der Freude an Bewegung näher, egal wie viel wir uns tatsächlich bewegen.

Peter Filzmaier: Atemlos. Meine schönsten Sportgeschichten und was sie mit Politik zu tun haben. Wien: Brandstätter Verlag. 2019.

Savannah Mapalagama (24) studiert Architektur an der TU Wien.

BeSt³

Beruf Studium Weiterbildung

www.bestinfo.at

5. bis 8. März 2020

Wiener Stadthalle

wiener stadthalle
ein unternehmen der wienholding

9 bis 18 Uhr, 8. März bis 17 Uhr

Eintritt frei



www.facebook.com/bestinfo.at
www.twitter.com/bestinfo_at



Die große Bildungsmesse



Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung